
Sachsen-Monitor 2016

Ergebnisbericht

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	3
Ansprechpartner	5
1. Methodenbericht	6
1.1. Fragebogen und Feldzeit	6
1.2. Stichprobenziehung.....	6
1.3. Stichprobenkontrolle und -gewichtung.....	7
2. Ergebnisse.....	9
2.1. Leben in Sachsen	10
2.1.1. Zukunftserwartungen und Zukunftssorgen.....	10
2.1.2. Bewertung der wirtschaftlichen Lage.....	11
2.1.3. Bewertung der persönlichen Lebensumstände	12
2.1.4. Sachsen nach der Wiedervereinigung.....	14
2.2. Soziale Lage	16
2.2.1. Subjektive Schichtzugehörigkeit.....	16
2.2.2. Bewertung der sozialen Mobilität	17
2.3. Stabilität und Akzeptanz der Demokratie in Sachsen	19
2.3.1. Bewertung der Demokratie.....	19
2.3.2. Vertrauen in die Institutionen der Demokratie.....	20
2.3.3. Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland.....	21
2.3.4. Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung.....	22
2.4. Politisches Interesse und Partizipation	23
2.4.1. Interesse an Politik	23
2.4.2. Politische Partizipation	24
2.4.3. Gründe für politische Nichtbeteiligung	27
2.4.4. Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie	28
2.5. Ressentiments und demokratiegefährdende Einstellungen	29
2.5.1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen	29
2.5.2. Demokratiegefährdende Einstellungen und Schutz der Demokratie	33
2.6. Glaubwürdigkeit der Medien und Meinungen zur Europäischen Union	34
2.6.1. Glaubwürdigkeit der Medien und Mediennutzungsverhalten.....	34
2.6.2. Meinungen zur Europäischen Union	36
2.7. Fazit	38
Quellen und Literatur	40

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 - Forschungsdesign.....	6
Abbildung 2 - Gewichtungübersicht	8
Abbildung 3 – Persönliche Zukunftserwartung (nach formalem Bildungsniveau).....	10
Abbildung 4 – Zukunftssorgen.....	11
Abbildung 5 – Bewertung der Wirtschaftlichen Lage Sachsens/der persönlichen wirtschaftlichen Situation	11
Abbildung 6 – Zufriedenheit mit persönlichen Lebensumständen	13
Abbildung 7 – Wichtigstes Problem in Sachsen (nach Geschlecht)	14
Abbildung 8 – Aussagen zu Sachsen nach der Wiedervereinigung.....	15
Abbildung 9 – Sachsen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen	15
Abbildung 10 – Bewertung der Wiedervereinigung (nach Alter).....	16
Abbildung 11 – Subjektive Schichtzugehörigkeit	17
Abbildung 12 – Bewertung der allgemeinen sozialen Aufstiegschancen (nach subjektiver Schichtzugehörigkeit)	18
Abbildung 13 – Bewertung der persönlichen sozialen Aufstiegschancen (nach formalem Bildungsniveau)	19
Abbildung 14 – Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland/in Sachsen (nach Alter)	20
Abbildung 15 – Vertrauen in Institutionen.....	21
Abbildung 16 – Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland (nach formalem Bildungsniveau)	22
Abbildung 17 – Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten/der Staatsregierung	22
Abbildung 18 – Interesse an Politik (nach Alter)	23
Abbildung 19 – Gespräche über politische und gesellschaftliche Themen.....	24
Abbildung 20 – Aussagen über Politik und Politiker	25
Abbildung 21 – Möglichkeiten politischen Einflusses	26
Abbildung 22 – Gründe für Nichtbeteiligung I	27
Abbildung 23 – Gründe für Nichtbeteiligung II	28
Abbildung 24 – Wunsch nach Bürgerbeteiligung	28
Abbildung 25 – Aussagen zu direkter Demokratie	29
Abbildung 26 – Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.....	30
Abbildung 27 – Typisierung gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	32
Abbildung 28 – Politische und demokratietheoretische Aussagen.....	34

Abbildung 29 – Wichtigkeit der Möglichkeiten, die demokratische Ordnung zu schützen (nach Alter) 34

Abbildung 30 – Glaubwürdigkeit der Medien 35

Abbildung 31 – Hauptsächliche Informationsquellen über das politische Geschehen (nach Alter)..... 36

Abbildung 32 – Bewertung der EU-Mitgliedschaft (nach Direktionsbezirk) 37

Abbildung 33 – Meinungen zur Europäischen Union..... 38

Aus Gründen der besseren Verständlichkeit wird im Bericht i.d.R. verallgemeinernd die männliche Form verwendet. Diese Formulierungen umfassen gleichermaßen weibliche und männliche Personen.

Sämtliche grafisch dargestellten Ergebnisse in diesem Bericht werden in Prozent angegeben. Eventuell fehlende Werte zu 100 Prozent ergeben sich durch die Antwortmöglichkeiten „keine Angaben“ und „weiß nicht“ bzw. durch Rundungen.

Ansprechpartner

Reinhard Schlinkert | Florens Mayer | Michael Mertes

Konstantinstraße 42 | 53179 Bonn

0228 / 329 693 | bonn@dimap.de

1. Methodenbericht

Das Institut dimap führte zwischen dem 8. August und dem 4. September 2016 im Freistaat Sachsen eine Befragung unter Personen ab 18 Jahren durch. Aus dieser Grundgesamtheit wurden nach dem Zufallsprinzip 1.013 Personen ausgewählt. Sie wurden mittels eines standardisierten Fragebogens im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (Computer Assisted Personal Interview, CAPI) befragt.

Der folgende Methodenbericht gibt Auskunft über das gewählte Forschungsdesign der Befragung – den Fragebogen, die Feldzeit, die Ziehung der Stichprobe sowie die Datenkontrolle und -gewichtung. Vorab werden zur Orientierung die wichtigsten Rahmendaten der Erhebung tabellarisch dargestellt:

Grundgesamtheit	Bevölkerung in Sachsen ab 18 Jahren
Art der Befragung	Computergestützte persönliche Interviews
Stichprobengröße	n=1.013
Erhebungszeitraum	08.08. bis 04.09.2016
Stichprobendesign	Repräsentative Zufallsstichprobe
Auswahlverfahren	Random-Auswahlverfahren (ADM-Design)
Gewichtung	Nach Alter und Geschlecht

Abbildung 1 - Forschungsdesign

1.1. Fragebogen und Feldzeit

Für die Fragebogenkonzeption waren dimap, die Staatskanzlei Sachsen sowie der Beirat des **Sachsen-Monitors** zuständig. Die Finalisierung des Fragebogens erfolgte in enger Abstimmung zwischen allen Beteiligten. Zu diesem Zweck fanden mehrere Telefonkonferenzen sowie eine gemeinsame Fragebogenkonferenz am 27. Juni im Rahmen der ersten Sitzung des Beirats des **Sachsen-Monitors** in Dresden statt.

Die Feldzeit begann am 8. August 2016 und endete am 4. September 2016. Es wurden insgesamt 58 geschulte Interviewer eingesetzt.

1.2. Stichprobenziehung

Die Auswahl der 1.013 Befragungspersonen erfolgte nach dem Random-Auswahlverfahren (ADM-Design), das zu einer mehrfach geschichteten, mehrstufigen Zufallsstichprobe führt. Sämtliche Gemeinden des Untersuchungsgebietes wurden nach regionalen Kriterien in Schichten eingeteilt. Als Schichtungsmerkmale dienten Direktionsbezirke sowie die BIK-Gemeindetypen.

Die Aufteilung der Auswahleinheiten der ersten Auswahlstufe (Sample Points) erfolgte proportional zur Zahl der Haushalte in den Schichten (Zellen) und zwar so, dass auch die jeweiligen Randbesetzungen der Schichtungsmerkmale optimal die Haushaltsverteilungen der entsprechenden Randkatego-

rien abbildeten. Die Größenzuordnung bezieht sich auf die Einwohnerzahl der betreffenden BIK-Region. Bei Gemeinden außerhalb dieser Regionen erfolgte die Zuordnung entsprechend der politischen Gemeindegrößenklasse.

Für die erste Auswahlstufe wurde die Bundesrepublik in rund 53.000 Flächen aufgeteilt, anhand der kommunalen, statistischen Bezirke und unter Zuhilfenahme eines geografischen Informationssystems (GIS) zur Straßeneinteilung der BRD. Diese Flächen oder Sample Points bilden die Auswahlseinheiten der ersten Auswahlstufe.

Mit Wahrscheinlichkeiten proportional zur Zahl der Haushalte in den Sample Points wurde im ersten Schritt in jeder Zelle die erforderliche Anzahl Sample Points in Sachsen gezogen. Ein zusätzlicher Schichtungseffekt ergab sich dabei durch Sortierung der Auswahlseinheiten nach Kreisen, Gemeinden und ggf. nach Stadtbezirken innerhalb jeder Zelle.

In der zweiten Auswahlstufe wurden durch Zufallsauswahl die für die Stichprobe pro Sample Point benötigten Haushaltsadressen erhoben. Ausgehend von Startadressen in den Sample Points ermittelte der Interviewer in einem zweiten Schritt die Befragungsadresse durch Abzählen der Haushalte (jeder 3. Haushalt).

In diesen vorgegebenen Befragungshaushalten ermittelte der Interviewer in der dritten Auswahlstufe die zu befragende Zielperson. Dies geschah mit Hilfe eines systematischen Auswahlchlüssels, der allen zum Haushalt gehörenden Personen der Grundgesamtheit die gleiche Chance gewährleistet, in die Stichprobe zu gelangen, und die Zielperson eindeutig bestimmte. Jeder subjektive Einfluss der Interviewer auf die Auswahl der Befragungspersonen wurde damit ausgeschlossen.

Für die Befragung in Sachsen wurden 186 Sample Points ausgewählt, wobei durchschnittlich 5,4 Interviews pro Sample Point realisiert wurden, sodass sich eine breite regionale Streuung ergab.

1.3. Stichprobenkontrolle und -gewichtung

Während der Erhebungsphase fanden routinemäßig sowohl Durchführungs- als auch Qualitätskontrollen statt.

Die Durchführungskontrollen wurden entweder schriftlich oder telefonisch anhand eines Kontrollfragebogens oder persönlich vor Ort ausgeführt. Stichprobenartig wurden dabei die Existenz der Zielpersonenadressen und die Einhaltung der Auswahlvorschriften, wie z. B. die Begehungswege, überprüft.

Im Rahmen der Qualitätskontrollen wurden stichprobenartig die Interviewlänge, die zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen Interviews, Interviewernotizen sowie die Einhaltung der Quotenvorgaben überprüft.

Standardgemäß wurden mindestens zehn Prozent der durchgeführten Interviews auf diese Weise kontrolliert.

Im Anschluss an die Erhebung fand die Überprüfung der Stichprobe anhand der demografischen Merkmale Alter und Geschlecht statt. Als Grundlage für den Vergleich dienten administrative Daten des Statistischen Landesamtes. Angelehnt an das Stichprobendesign der Befragung wurden hieraus

die Strukturdaten der sächsischen Bevölkerung ab 18 Jahren gezogen und die Verteilung des Geschlechts und des Alters der Befragten ermittelt.

Um der Repräsentativität der Ergebnisse zu genügen, wurde eine Gewichtung der Ergebnisse entsprechend der Grundgesamtheit durchgeführt. Dabei wurden sämtliche Antworten von unterrepräsentierten Personengruppen stärker gewertet und die Antworten von überrepräsentierten Personengruppen schwächer gewertet (Abbildung 2).

Geschlecht/Alter	Ungewichtet	Gewichtet
Männer 18-29 Jahre	9,9	9,2
Männer 30-39 Jahre	5,2	7,2
Männer 40-49 Jahre	4,4	9,3
Männer 50-59 Jahre	8,9	8,6
Männer 60-64 Jahre	4,0	2,9
Männer 65 Jahre und älter	17,2	11,3
Frauen 18-29 Jahre	8,5	8,3
Frauen 30-39 Jahre	6,1	6,3
Frauen 40-49 Jahre	4,8	8,8
Frauen 50-59 Jahre	6,2	8,6
Frauen 60-64 Jahre	4,5	3,2
Frauen 65 Jahre und älter	20,6	16,4
Angaben in Prozent		

Abbildung 2 - Gewichtungsübersicht

2. Ergebnisse

Das Erkenntnisinteresse des **Sachsen-Monitors 2016** deckt ein breites Spektrum an Themenfeldern ab. Es richtet sich zunächst allgemein auf das Leben im Freistaat Sachsen und auf die Zukunftserwartungen der Sachsen. Sodann steht die subjektive Bewertung der Folgen der Wiedervereinigung im Fokus der Erhebung. Wie schätzen die Sachsen ihre eigene Situation im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen ein? (Kapitel 2.1.)

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die soziale Lage in Sachsen. Hier zielt das Erkenntnisinteresse u.a. darauf ab, wie die Sachsen die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft bewerten. (Kapitel 2.2.)

Ferner stehen die Evaluierung der politischen Kultur in Sachsen und die Messung der Stabilität und Akzeptanz der Demokratie und der demokratischen Institutionen in Sachsen im Mittelpunkt der repräsentativen Erhebung (Kapitel 2.3.). In diesem Zusammenhang befasst sich der Monitor auch mit dem politischen Interesse und der politischen Partizipation der Sachsen. (Kapitel 2.4.)

Ein weiteres Ziel des **Sachsen-Monitors** ist die Messung besonderer Gefährdungsmomente der Demokratie innerhalb der sächsischen Bevölkerung sowie die Messung von Ressentiments in Sachsen. (Kapitel 2.5.)

Das diesjährige Sonderthema umfasst das Vertrauen der Sachsen in die sächsischen Medien sowie ihre Meinungen und Einstellungen zur Europäischen Union. (Kapitel 2.6.)

2.1. Leben in Sachsen

2.1.1. Zukunftserwartungen und Zukunftssorgen

Nahezu drei Viertel der sächsischen Bevölkerung blicken optimistisch in die Zukunft. Während es bei diesen Ergebnissen hinsichtlich des Alters und Geschlechts der Befragten nur geringe Abweichungen vom Gesamtergebnis gibt, wirkt sich das formale Bildungsniveau stark auf die persönlichen Zukunftserwartungen der Befragten aus. 61 Prozent der Befragten mit einem Hauptschulabschluss oder keinem Schulabschluss blicken optimistisch in die Zukunft. Von den Befragten mit einem Hochschulabschluss sehen 86 Prozent ihre persönliche Zukunft optimistisch (Abbildung 3).

Wenn Sie in die Zukunft blicken: Sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft eher optimistisch oder pessimistisch entgegen?

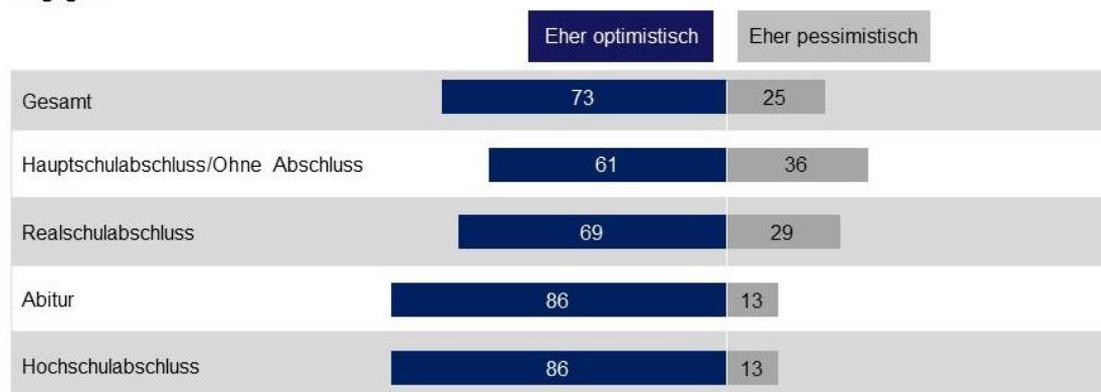


Abbildung 3 – Persönliche Zukunftserwartung (nach formalem Bildungsniveau)

Analog zur Einschätzung der persönlichen Zukunft wurde nach der Zukunft Sachsens gefragt. Knapp zwei Drittel der Befragten bewerten die Zukunftsaussichten Sachsens optimistisch. Hier fällt auf, dass jüngere Befragte – 18- bis 29-Jährige – die Zukunft ihres Bundeslandes deutlich negativer betrachten als die übrigen Befragten. 46 Prozent dieser Altersgruppe sehen der Zukunft Sachsen optimistisch entgegen, 47 Prozent sehen ihr pessimistisch entgegen. Zum Vergleich: Von den über 70-Jährigen sehen 72 Prozent die Zukunft Sachsens positiv und 23 Prozent negativ.

Schließlich wurde das Thema Zukunftserwartungen um den Aspekt der Zukunftssorgen der Sachsen ergänzt. Die Liste der Sorgen wird angeführt von der Sorge, dass die Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen. Darüber sorgen sich 84 Prozent der Sachsen. Von denjenigen, die ihrer eigene Zukunft eher pessimistisch sehen, sorgen sich deswegen 94 Prozent. Auf dem letzten Platz der Liste der Zukunftssorgen steht die Sorge um den Verlust des eigenen Arbeitsplatz. 26 Prozent der berufstätigen Sachsen machen sich deswegen Sorgen. (Abbildung 4).

Nun lese ich Ihnen einige mögliche negative Aussagen über die Zukunft vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie sich deswegen sehr große, eher große, eher geringe oder keine Sorgen machen? Machen Sie sich Sorgen,...

	Sehr große Sorgen	Eher große Sorgen	Eher geringe Sorgen	Keine Sorgen
...dass die Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen	39	45	13	3
...dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht	27	45	21	5
...dass es den kommenden Generationen in Deutschland schlechter gehen wird als uns heute	25	40	25	8
...dass die deutsche Kultur und Eigenart verloren geht	20	31	30	18
...dass Ihre Rente nicht zum Leben ausreicht	24	25	28	22
...dass es Ihnen persönlich insgesamt eher schlechter gehen wird	12	24	40	23
...dass Sie Opfer eines Terroranschlages werden	8	19	41	31
...dass Sie Ihren Arbeitsplatz verlieren (Nur Berufstätige)	9	17	41	31

Abbildung 4 – Zukunftssorgen

2.1.2. Bewertung der wirtschaftlichen Lage

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Sachsens und mehr noch die der individuellen wirtschaftlichen Lage der Befragten spiegeln die starke wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates in den letzten Jahren wider. 78 Prozent der Sachsen bewerten ihre persönliche wirtschaftliche Lage mit sehr gut oder eher gut und 73 Prozent bewerten die Lage Sachsens mit sehr gut oder eher gut (Abbildung 5). Vor zwei Jahren bewerteten 80 Prozent der Sachsen die wirtschaftliche Lage Sachsens mit sehr gut oder gut.¹

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Sachsen? Ist sie Ihrer Meinung nach sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?
 Wenn Sie jetzt an Ihre eigene wirtschaftliche Situation denken, ist Ihre persönliche wirtschaftliche Situation sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?

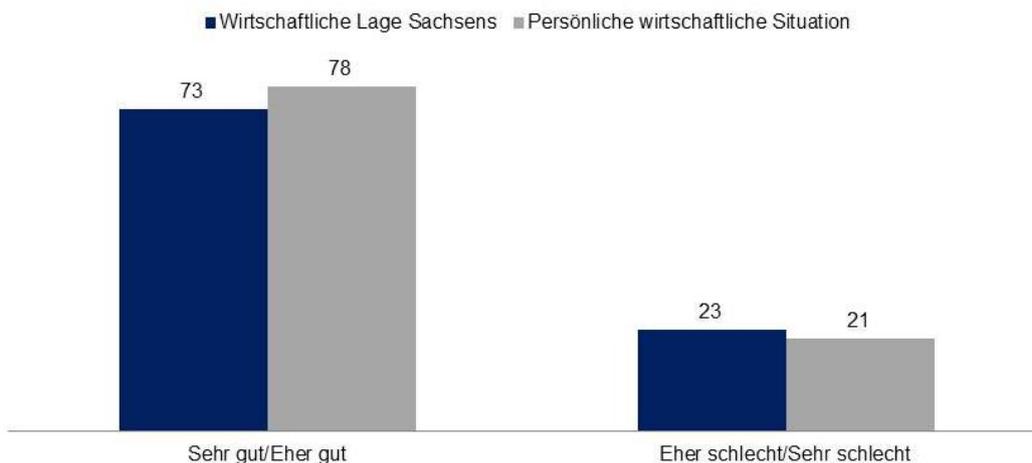


Abbildung 5 – Bewertung der Wirtschaftlichen Lage Sachsens/der persönlichen wirtschaftlichen Situation

Aktuelle Ergebnisse vergleichbarer Erhebungen in anderen Bundesländern sowie im gesamten Bundesgebiet helfen, die Ergebnisse des **Sachsen-Monitors** einzuordnen: Im März 2016 bewerteten 47

¹ Infratest dimap (2014) im Auftrag des MDR: Sachsen vor der Landtagswahl 2014. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung im Bundesland. Erhebungszeitraum: 9.-11.9.2014. Fallzahl: 1.004 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Prozent der Sachsen-Anhalter die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt und 72 Prozent und ihre persönliche wirtschaftliche Lage mit sehr gut oder gut.² Im August 2016 bewerteten 56 Prozent der Befragten einer Erhebung in Mecklenburg-Vorpommern die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Mecklenburg-Vorpommern mit sehr gut oder gut.³ Bundesweit bewerteten im September 2016 73 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Lage in Deutschland mit sehr gut oder gut.⁴

Die Ergebnisse des **Sachsen-Monitors** belegen einen starken Zusammenhang zwischen der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Einschätzung der eigenen Zukunftsperspektive. Diejenigen, die ihre eigene Zukunft optimistisch bewerten, stufen ihre Wirtschaftslage deutlich besser ein – 87 Prozent bewerten sie mit sehr gut oder eher gut – als Personen, die ihre Zukunft pessimistisch sehen. 54 Prozent von ihnen bewerten ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut oder eher gut.

2.1.3. Bewertung der persönlichen Lebensumstände

Um die Zufriedenheit der Sachsen mit ihren persönlichen Lebensumstände zu evaluieren, wurden den Befragten verschiedene Aspekte persönlicher Lebensumstände vorgelesen. Die Befragten konnten den Grad ihrer Zufriedenheit jeweils auf einer vierstufigen Skala – sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden, sehr unzufrieden – angeben. Alles in allem sind die Sachsen mit den einzelnen Aspekten ihrer persönlichen Lebensumstände sehr zufrieden. Auf Platz eins der Zufriedenheitsliste steht die Zufriedenheit mit der persönlichen Wohnsituation. 90 Prozent sind mit dieser sehr zufrieden oder eher zufrieden. Es folgen die Aspekte Ausmaß an Freizeit und – sofern die Befragten berufstätig sind – die Beschäftigungssituation mit 82 bzw. 79 Prozent Zufriedenheit. Die Schlusslichter des Rankings bilden sie Aspekte soziale Absicherung (69 Prozent), finanzielle Situation (69 Prozent) sowie Höhe der Lebenshaltungskosten mit 59 Prozent Zufriedenheit (Abbildung 6).

² Infratest dimap (2016) im Auftrag des MDR: Sachsen-Anhalt vor der Landtagswahl 2016. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung im Bundesland. Erhebungszeitraum: 7.-9.3.2016. Fallzahl: 1.005 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

³ Infratest dimap (2016) im Auftrag des NDR: Mecklenburg-Vorpommern vor der Landtagswahl 2016. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung im Bundesland. Erhebungszeitraum: 29.-31.8.2016. Fallzahl: 1.003 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

⁴ Infratest dimap (2016) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND September 2016. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 29.-30.8.2016. Fallzahl: 1.004 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Lebensumständen? Ich lese Ihnen nun einige Aspekte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie persönlich damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden sind. Wie ist das mit...?

	Sehr zufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Sehr unzufrieden
...Ihrer Wohnsituation	44	46	9	1
...dem Ausmaß Ihrer Freizeit	34	48	15	3
...Ihrer Beschäftigungssituation (Nur Berufstätige)	32	47	16	3
...Ihrer Haus- und Fachärztlichen Versorgung	27	51	18	4
...Ihrer Gesundheit	24	51	18	6
...der Sauberkeit von Plätzen und Straßen in Ihrer Umgebung	20	53	24	4
...der Sicherheit auf Plätzen und Straßen in Ihrer Umgebung	18	55	23	4
...Ihrer sozialen Absicherung	12	57	23	7
...Ihrer finanziellen Situation	13	56	22	8
...der Höhe Ihrer Lebenshaltungskosten	8	51	32	8

Abbildung 6 – Zufriedenheit mit persönlichen Lebensumständen

Bei den Fragen des **Sachsen-Monitors** handelt es sich mit Ausnahme einer Frage um geschlossene Fragen, bei denen den Befragten Antwortmöglichkeiten zur Auswahl vorgegeben werden. Die Frage nach dem gegenwärtig wichtigsten Problem in Sachsen wurde hingegen als offene Frage formuliert. Die unterschiedlichen Antworten der Befragten wurden nach der Erhebung ausgewertet und in Themengruppen zusammengefasst. Die drei am meisten genannten Themengruppen lauten wie folgt: 19 Prozent der Antworten konnten unter dem Themenkomplex „Asylpolitik/zu viele Ausländer/Überfremdung“ zusammengefasst werden, 14 Prozent unter „Arbeitslosigkeit/Wirtschaftsförderung“ und 11 Prozent unter „Sorge um steigenden Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit“ (Abbildung 7).

Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Sachsen?

Dargestellt: Nennungen \geq 5 Prozent
Mehrfachnennungen möglich

■ Gesamt ■ Männer ■ Frauen

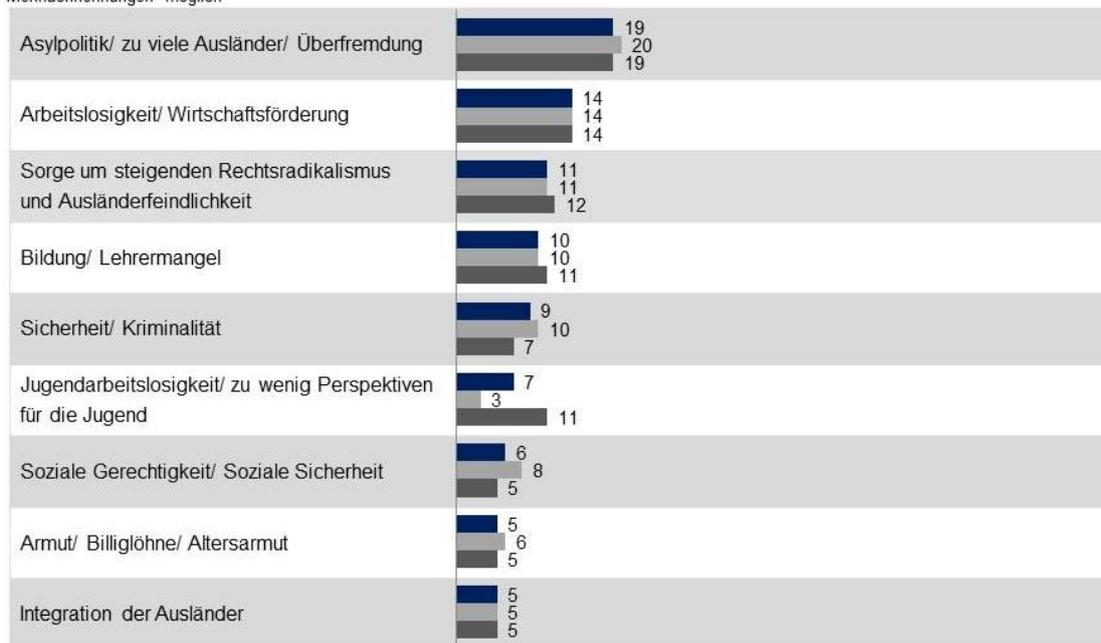


Abbildung 7 – Wichtigstes Problem in Sachsen (nach Geschlecht)

Mit großem Abstand gegenüber allen anderen Altersgruppen nannten 28 Prozent der 18-29-Jährigen das Thema „Asylpolitik/zu viele Ausländer/Überfremdung“. Gleichzeitig nannten mit 20 Prozent überdurchschnittlich viele Befragte in dieser Generation die „Sorge um steigenden Rechtsextremismus“.

2.1.4. Sachsen nach der Wiedervereinigung

Gut ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung steht die Bewertung der Lebenssituation in Sachsen sowie der Vergleich mit anderen Regionen und Bevölkerungsgruppen im Zentrum des Erkenntnisinteresses des **Sachsen-Monitors**.

In den Augen der Befragten hat Sachsen seit 1990 viel erreicht. Jeweils eine deutliche Mehrheit ist der Meinung, auf das, was in Sachsen seit 1990 erreicht wurde, könne man stolz sein (85 Prozent), Sachsen brauche den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen (77 Prozent) und die wirtschaftliche Lage in Sachsen sei besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern (69 Prozent). Hier zeigt sich landesweit ein einheitliches Bild, wobei die Lage in den größeren Städten nicht ganz so positiv gesehen wird wie in den kleineren Städten und Gemeinden. Fast jeder zweite Sachse ist jedoch auch der Meinung, dass nach der Wiedervereinigung vielfach neues Unrecht geschaffen wurde (Abbildung 8). Diese Meinung vertreten ältere Menschen häufiger als jüngere. Während 37 Prozent der 18- bis 29-Jährigen diesen Standpunkt vertreten, sind es 56 Prozent derjenigen, die 70 Jahre und älter sind.

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zu Sachsen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.



Abbildung 8 – Aussagen zu Sachsen nach der Wiedervereinigung

Die Sachsen sehen ihre eigene Lebenssituation im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen überwiegend positiv. Neun von zehn Sachsen sind der Meinung, Sachsen stehe im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Bundesländern genauso gut oder besser da. Im Vergleich zu den Bewohnern der westdeutschen Bundesländer schätzen 33 Prozent die Situation der Sachsen als genauso gut ein. 56 Prozent schätzen die Situation schlechter ein. Nach Meinung von 90 Prozent der Befragten stehen die Sachsen etwas oder viel besser da als die Bewohner der osteuropäischen Staaten. Im Vergleich zu Westeuropäern sehen 43 Prozent der Befragten die Situation als gleichwertig an, 28 Prozent als besser und 23 Prozent als schlechter. Mit Blick auf hier lebende Ausländer liegt die Bewertung von fast 23 Prozent bei genauso gut. 56 Prozent gehen davon aus, dass es den Sachsen besser geht als den in Sachsen lebenden Ausländern (Abbildung 9).

Mal alles zusammengenommen: Was meinen Sie, wie stehen die Sachsen im Vergleich zu anderen da? Wie ist das mit den Sachsen im Vergleich zu...



Abbildung 9 – Sachsen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen

Die Bewertung der Wiedervereinigung fällt eindeutig aus. Für 61 Prozent der Befragten ist die Wiedervereinigung mit Vorteilen für Ostdeutschland verbunden. Insbesondere Verheiratete mit Kindern liegen bei dieser Einschätzung mit 71 Prozent weit vorne. Es lässt sich auch eine regionale Differenzierung erkennen, da der Direktionsbezirk Leipzig mit 72 Prozent einen deutlich höheren Anteil an positiven Bewertungen aufweist als die Direktionsbezirke Dresden (57 Prozent) und Chemnitz (56 Prozent).

Bei der Einschätzung der persönlichen Lage ist der Wert für die Vorteile noch höher, als bei der allgemeinen Bewertung, nämlich bei 64 Prozent. Die Region Leipzig weist mit 77 Prozent den Spitzen-

wert auf, gefolgt von Dresden mit 61 Prozent und Chemnitz mit 58 Prozent. Auch bei dieser Frage ist eine positivere Bewertung mit zunehmender Altersstufe zu beobachten (Abbildung 10).

Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Wiedervereinigung?

	Vorteile überwiegen	Nachteile überwiegen	Hält sich die Waage
Gesamt	64	17	15
18 bis 29 Jahre	56	26	10
30 bis 44 Jahre	63	16	15
45 bis 59 Jahre	67	15	17
60 bis 69 Jahre	62	20	17
70 Jahre und älter	73	12	14

Abbildung 10 – Bewertung der Wiedervereinigung (nach Alter)

2.2. Soziale Lage

2.2.1. Subjektive Schichtzugehörigkeit

In Ergänzung von gesammelten Erkenntnissen über das verfügbare Haushaltseinkommen oder den Beschäftigungsstatus der Befragten, die gängige Indikatoren für die Schichtzugehörigkeit einer Person sind, wurden die Befragten gebeten, eine Selbsteinschätzung ihrer Schichtzugehörigkeit vorzunehmen. Diese Selbsteinschätzung stellt gegenüber den abgefragten Indikatoren einen erheblichen Erkenntnisgewinn dar, da nur auf diese Weise in Erfahrung gebracht werden kann, wie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ihre soziale Situation im Vergleich zu anderen wahrnehmen.

Acht Prozent der sächsischen Befragten zählen sich selbst zur Unterschicht, 33 Prozent zur unteren Mittelschicht, 48 Prozent zur mittleren Mittelschicht und 10 Prozent zur oberen Mittelschicht. Zur Oberschicht zählen sich weniger als ein Prozent der Befragten (Abbildung 11).

Zum Vergleich: Im Januar 2013 zählten sich in einer bundesweiten Befragung vier Prozent der Deutschen zur Unterschicht, 33 Prozent zur unteren Mittelschicht, 52 Prozent zur mittleren Mittelschicht und 10 Prozent zur oberen Mittelschicht. Zur Oberschicht zählten sich ein Prozent der Befragten.⁵

⁵ Infratest dimap (2013) im Auftrag von Report Mainz: Deutschland 2013 – Mittelschichtsgesellschaft mit schlechten Aufstiegschancen. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 7.-8.1.2013. Fallzahl: 1.001 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Es wird heutzutage viel darüber gesprochen, dass es in Deutschland verschiedene Bevölkerungsschichten gibt – die Unterschicht, die untere Mittelschicht, die mittlere Mittelschicht, die obere Mittelschicht, die Oberschicht. Was würden Sie sagen, welcher dieser Schichten rechnen Sie sich selbst eher zu?

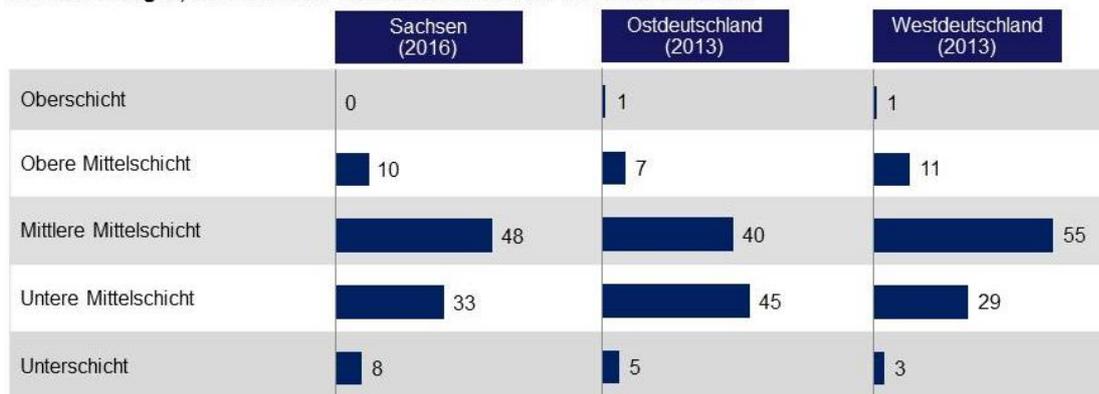


Abbildung 11 – Subjektive Schichtzugehörigkeit

Verwitwete oder geschiedene Personen (44 Prozent) sowie Arbeitslose (43 Prozent) und Rentner (40 Prozent) identifizieren sich überdurchschnittlich oft mit der unteren Mittelschicht. Befragte mit einem Hochschulabschluss (27 Prozent), Befragte zwischen 18 und 29 Jahren (20 Prozent) sowie Befragte, die in einer Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern leben (17 Prozent), identifizieren sich überdurchschnittlich oft mit der oberen Mittelschicht.

2.2.2. Bewertung der sozialen Mobilität

Um in Erfahrung zu bringen, wie die Sachsen die soziale Durchlässigkeit in Deutschland einschätzen, wurden die Befragten gebeten, die Chancen auf einen sozialen Aufstieg in Deutschland, zu bewerten. Gut jeder Zweite (52 Prozent) ist der Auffassung, die Chancen von einer niedrigeren Bevölkerungsschicht in eine höhere Bevölkerungsschicht aufzusteigen, seien sehr gut oder eher gut. In ganz Deutschland waren im Januar 2013 nur 41 Prozent dieser Meinung.⁶

Die Ergebnisse dieser Frage geben Aufschluss darüber, welche Personengruppen die soziale Durchlässigkeit in Deutschland kritisch betrachten. Es sind vor allem Personen, die ihre eigene Zukunft eher pessimistisch sehen. Von ihnen bewerten 69 Prozent die sozialen Aufstiegschancen als sehr schlecht oder eher schlecht. Zudem bewerten Personen, die sich selbst einer höheren sozialen Schicht zuordnen, die Aufstiegschancen deutlich besser als Personen, die sich selbst als Angehörigen einer niedrigeren sozialen Schicht betrachten (Abbildung 12).

⁶ Vgl.: Ebd.

Wie gut sind Ihrer Meinung nach heutzutage die Chancen in Deutschland sozial aufzusteigen – also von einer niedrigeren Bevölkerungsschicht in eine höhere Bevölkerungsschicht aufzusteigen? Würden Sie sagen...?

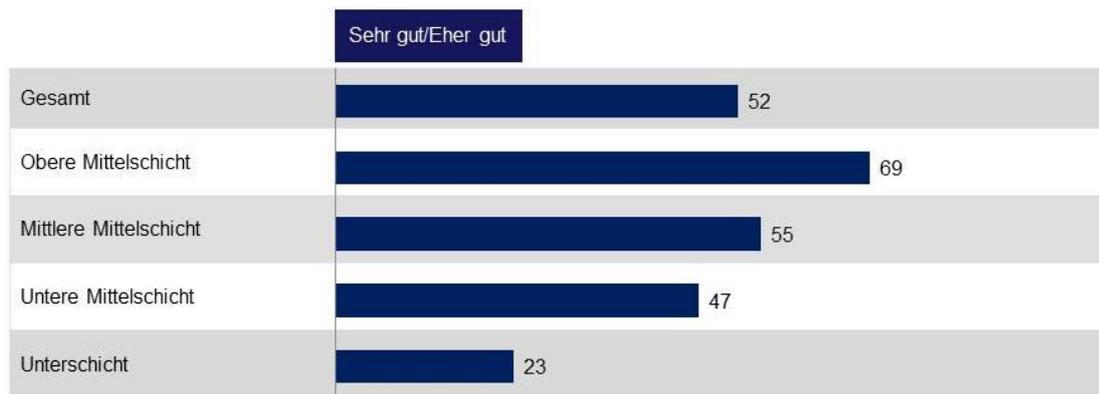


Abbildung 12 – Bewertung der allgemeinen sozialen Aufstiegschancen (nach subjektiver Schichtzugehörigkeit)

Gleiches gilt mit Blick auf die eigenen sozialen Aufstiegschancen. Kaum ein Befragter, der sich selbst der Unterschicht zuordnet, geht davon aus, gute soziale Aufstiegschancen zu haben. 81 Prozent dieser Personengruppe schätzen ihre Chancen sehr schlecht oder eher schlechter ein.

Drei Viertel (74 Prozent) der Befragten mit Kindern unter 18 Jahren schätzen die sozialen Aufstiegschancen ihrer Kinder als sehr gut bzw. gut ein. Die Gefahr, dass ihre Kinder einmal sozial absteigen könnten, schätzen 73 Prozent als gering und 17 Prozent als hoch ein.

Eltern, die sich selbst in der unteren Mittelschicht einordnen, schätzen die Chancen ihrer Kinder, einmal sozial aufzusteigen genauso hoch ein wie Eltern anderer sozialer Schichten. Die Gefahr, dass ihre Kinder einmal sozial absteigen könnten, schätzen sie etwas höher ein als andere Eltern.

Die Angst vor einem sozialen Abstieg ist im Freistaat gering ausgeprägt. Jeder Fünfte schätzt die Gefahr, sozial abzustiegen, sehr hoch bzw. eher hoch ein. Dabei zeigt die Befragung: Je höher die soziale Selbsteinschätzung ausfällt, desto geringer ist die Sorge um einen sozialen Abstieg. Von denjenigen, die sich selbst der Unterschicht zurechnen, sagen 54 Prozent, die Gefahr eines sozialen Abstiegs sei hoch. Bei den gefühlten Angehörigen der unteren Mittelschicht liegt dieser Wert bei 26 Prozent, bei Angehörigen der mittleren Mittelschicht und der oberen Mittelschicht liegt er jeweils bei 13 Prozent.

Mit Blick auf das Bildungsniveau gilt: Je höher das formale Bildungsniveau der Befragten, desto besser schätzen die Befragten ihre eigenen Aufstiegschancen ein (Abbildung 13).

Und wie ist das mit Ihnen persönlich? Wie schätzen Sie Ihre persönlichen Chancen ein, sozial aufzusteigen? Würden Sie sagen...?

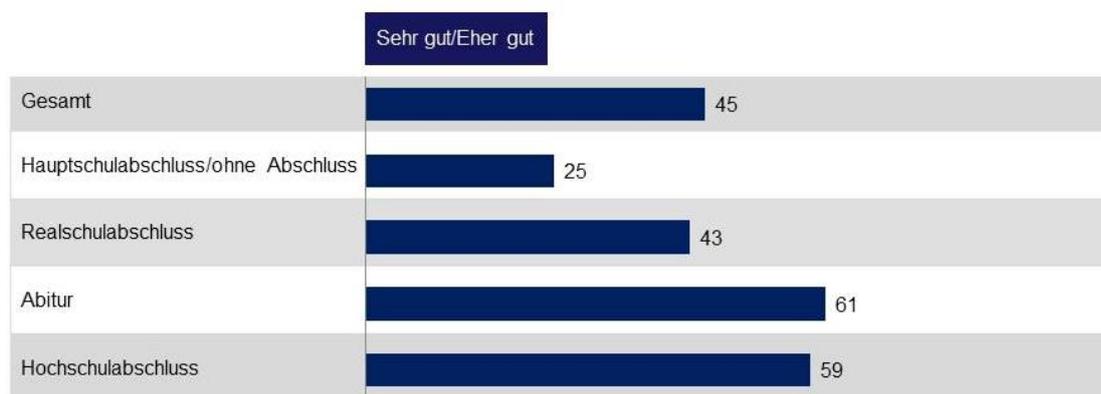


Abbildung 13 – Bewertung der persönlichen sozialen Aufstiegschancen (nach formalem Bildungsniveau)

Einen Indikator für eine hohe soziale Mobilität im Freistaat Sachsen liefert der Vergleich mit den eigenen Eltern. Die Befragten wurden gebeten, ihre heutige Situation mit der Situation ihrer Eltern zu vergleichen. Jeder Zweite (47 Prozent) gab daraufhin an, seine Situation sei im Vergleich zu der seiner Eltern im Großen und Ganzen gleich geblieben. 40 Prozent gaben an, sie seien im Vergleich zu ihren Eltern sozial aufgestiegen und elf Prozent sagten, sie seien sozial abgestiegen.

2.3. Stabilität und Akzeptanz der Demokratie in Sachsen

2.3.1. Bewertung der Demokratie

Die Stabilität eines demokratischen Regierungssystems ist nicht allein von seinem inneren Gefüge, etwa seiner Verfassung abhängig, sondern auch von der politischen Kultur im Land – also u.a. davon, wie die Bürgerinnen und Bürger die Demokratie als Staatsform bewerten. Aus diesem Grund lohnt es sich, die demokratischen Überzeugungen der Bevölkerung regelmäßig zu messen. Ein mittlerweile etabliertes Messinstrument dafür ist die Bewertung der Demokratie als Staatsform im Allgemeinen sowie die Bewertung der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land.

Nach einer bundesweiten repräsentativen Befragung sind 90 Prozent der Deutschen – 92 Prozent in Westdeutschland und 80 Prozent in Ostdeutschland – der Meinung, die Demokratie sei ganz allgemein eine gute Regierungsform. Gleichzeitig sind nur 56 Prozent der Deutschen – 61 Prozent in Westdeutschland und 39 Prozent in Ostdeutschland – mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, sehr zufrieden oder zufrieden.⁷

Im **Sachsen-Monitor** fand dieses Instrument zur Messung der Stabilität der Demokratie ebenfalls Anwendung: 83 Prozent der Sachsen halten die Demokratie für eine gute Regierungsform. Damit, wie die Demokratie in Deutschland in der Praxis funktioniert, ist jedoch nur jeder zweite Sachse (51 Prozent) sehr zufrieden oder eher zufrieden. Damit, wie die Demokratie in Sachsen in der Praxis funktioniert, sind 56 Prozent sehr zufrieden oder eher zufrieden. Was die Zufriedenheit mit der Demokratie

⁷ Infratest dimap (2013) im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung und der Stiftung Zukunft Berlin: Bürger und Parlamente – Bürger gegen Parlamente? Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 19.-20.2.2013. Fallzahl: 1.000 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

in Deutschland betrifft, liegen die Sachsen damit also leicht unter dem bundesweiten Durchschnitt von 56 Prozent (2013).

Insbesondere unter jungen Menschen fällt die positive Bewertung der Demokratie als Staatsform – unabhängig von ihrer Umsetzung – unterdurchschnittlich aus. 76 Prozent der 18- bis 29-Jährigen halten die Demokratie für eine gute und 17 Prozent für eine schlechte Staatsform. Bei Personen der Altersgruppe 70 Jahre und älter ist das Verhältnis 89:8 Prozent.

Gleiches gilt für die Bewertung der Funktionsweise der Demokratie in Deutschland und in Sachsen. Personen zwischen 18 und 29 Jahren sind damit weniger zufrieden als Personen der übrigen Altersgruppen (Abbildung 14).

Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland in der Praxis funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?

Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Sachsen in der Praxis funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?

	Deutschland (Sehr zufrieden/Eher zufrieden)	Sachsen (Sehr zufrieden/Eher zufrieden)
Gesamt	51	56
18-29 Jahre	43	47
30-44 Jahre	53	61
45-59 Jahre	51	54
60-69 Jahre	51	56
70 Jahre und älter	56	65

Abbildung 14 – Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland/in Sachsen (nach Alter)

Zudem hat auch die subjektive Schichtzugehörigkeit Auswirkungen auf die Bewertung des Funktionierens der Demokratie in der Praxis. Von den Befragten, die sich am stärksten mit der Unterschicht identifizieren, sind 35 Prozent damit zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Bei den Personen, die sich der oberen Mittelschicht zuordnen, sind es 58 Prozent.

Befragte, die in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern (54 bzw. 63 Prozent) leben, sind mit der Funktionsweise der Demokratie in Deutschland bzw. in Sachsen zufriedener als Befragte, die in Städten mit 20.000 bis unter 100.000 Einwohnern (47 bzw. 53 Prozent) leben und als Befragte, die in Städten mit 100.000 und mehr Einwohnern (49 bzw. 61 Prozent) leben.

2.3.2. Vertrauen in die Institutionen der Demokratie

Ein weiterer entscheidender Indikator für die Stabilität und die Akzeptanz des demokratischen Regierungssystems ist das Vertrauen, dass die Bürgerinnen und Bürger den Institutionen ihrer Demokratie entgegenbringen. Die Ergebnisse des **Sachsen-Monitors** legen nahe, dass die gemessene Skepsis gegenüber der Funktionsweise der Demokratie auf einem geringen Vertrauen in eben diese Institutionen – vor allem den Parlamenten, Regierungen und Parteien – basiert.

Je weiter weg die Parlamente und Regierungen sind, desto geringer ist das Vertrauen der Sachsen in sie. Am wenigsten Vertrauen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Kommission (18 Prozent) und dem Europäischen Parlament (19 Prozent). Der Bundesregierung schenken 32 Prozent der Sachsen vertrauen und dem Bundestag 33 Prozent. Der Landesregierung (46 Prozent) und dem Landtag (43 Prozent) vertraut weniger als die Hälfte der Sachsen. Eine Mehrheit der Sachsen bringt hingegen den Bürgermeistern (57 Prozent) und den kommunalen Parlamenten (54 Prozent) Vertrauen entgegen. Noch deutlich höher im Ansehen steht die Polizei (70 Prozent). Besonders schlecht schneiden die Parteien ab. Ihnen vertrauen nur 17 Prozent der Sachsen. Allerdings vertrauen 73 Prozent derjenigen, die langfristig einer bestimmten Partei nahestehen, eben jener Partei (Abbildung 15).

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie ist das mit...

	Sehr großes Vertrauen	Großes Vertrauen	Wenig Vertrauen	Gar kein Vertrauen
... der Partei, der Sie nahestehen <i>(Nur Parteianhänger)</i>	13	60	22	7
... der Polizei	15	55	22	6
... dem Bürgermeister Ihrer Gemeinde oder Stadt	9	48	28	10
... den Gerichten	9	46	30	11
... dem Gemeinderat oder Stadtrat Ihrer Gemeinde oder Stadt	5	49	31	9
... der Landesregierung	4	42	36	12
... dem Landtag	4	39	38	13
... dem Landrat Ihres Landkreises	4	38	31	10
... dem Bundestag	3	30	43	20
... der Bundesregierung	3	29	44	21
... dem Europäischen Parlament	2	17	43	28
... der Europäischen Kommission	2	16	43	28
... den Parteien im Allgemeinen	1	16	51	27

Abbildung 15 – Vertrauen in Institutionen

2.3.3. Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland

Neben der Bewertung der Funktionsweise der Demokratie und der Akzeptanz der demokratischen Institutionen ist auch die Einschätzung, ob es in Deutschland eher gerecht oder ungerecht zugeht, ein relevanter Indikator für die Stabilität und Akzeptanz des politischen Systems. 45 Prozent der Sachsen sind der Auffassung, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht zugeht und 48 Prozent sind der Meinung, es gehe eher ungerecht zu.

Zum Vergleich: Im Januar 2013 waren bundesweit 43 Prozent der Deutschen – 44 Prozent der Westdeutschen und 36 Prozent der Ostdeutschen – der Meinung, es gehe in Deutschland alles in allem eher gerecht und 51 Prozent – 50 Prozent der Westdeutschen und 58 Prozent der Ostdeutschen – der Meinung, es gehe eher ungerecht zu.⁸

Dabei hängt die Beurteilung der empfundenen Gerechtigkeit in Deutschland stark vom Bildungshintergrund der Befragten ab. Es gilt: Je höher das formale Bildungsniveau, desto eher gehen die Befragten von gerechten Verhältnissen in der Bundesrepublik aus (Abbildung 16).

⁸ Infratest dimap (2013) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND Januar 2013. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 7.-8.1.2013. Fallzahl: 1.001 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?



Abbildung 16 – Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland (nach formalem Bildungsniveau)

Die Meinungen darüber, ob es in Deutschland gerecht oder ungerecht zugeht, stehen in einem engen Zusammenhang zu den Meinungen über die Funktionsweise der Demokratie im Land. Besonders zufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind Befragte, die der Meinung sind, in Deutschland gehe es alles in allem gerecht zu. Von ihnen sind 80 Prozent damit zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Umgekehrt sind nur 23 Prozent derjenigen, die sagen, in Deutschland gehe es alles in allem ungerecht zu, mit der Demokratie in Deutschland zufrieden.

2.3.4. Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung

Trotz des geringen Vertrauens in die Demokratie und ihre Institutionen schneiden der Ministerpräsident und die Sächsische Staatsregierung im Urteil der Bevölkerung gut ab. Die Arbeit des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich wird von einer Mehrheit der Sachsen positiv bewertet. 58 Prozent sind mit seiner politischen Arbeit sehr zufrieden oder eher zufrieden. 26 Prozent sind eher unzufrieden oder sehr unzufrieden. Auch die Arbeit der gesamten Staatsregierung wird von den Sachsen positiv bewertet. 61 Prozent sind sehr zufrieden oder eher zufrieden. 28 Prozent sind eher unzufrieden oder sehr unzufrieden (Abbildung 17).

Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit von Ministerpräsident Stanislaw Tillich? Sind Sie damit alles in allem...?

Wenn Sie einmal alles zusammen betrachten: Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Sächsischen Staatsregierung? Sind Sie damit alles in allem...?

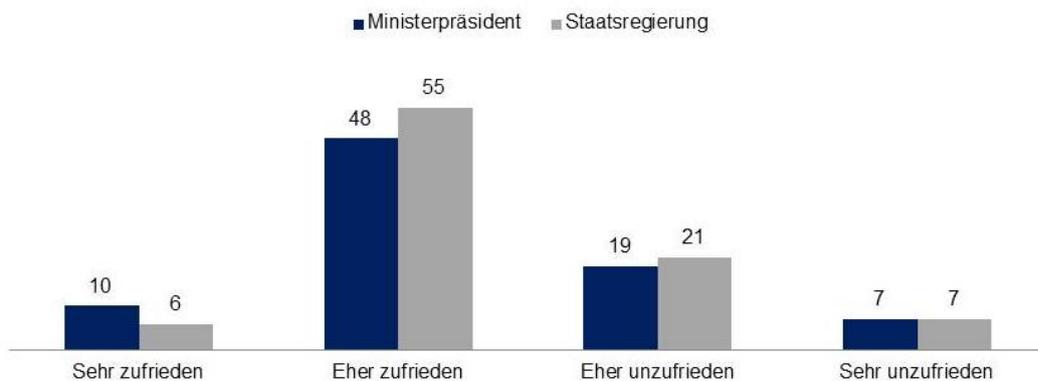


Abbildung 17 – Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten/der Staatsregierung

2.4. Politisches Interesse und Partizipation

Bei der Landtagswahl 2014 betrug die Wahlbeteiligung 49,1 Prozent. Diese niedrige Wahlbeteiligung war Anlass, im Rahmen des **Sachsen-Monitors** das politische Interesse, die Selbsteinschätzung der politischen Kompetenz sowie die Meinungen zu politischer Partizipation der Sachsen zu erfragen. Gemeinsam mit den Erkenntnissen zur Stabilität und Akzeptanz der Demokratie in Sachsen (Kapitel 2.3.) geben die Erkenntnisse dieses Kapitel einen Einblick in die politische Kultur des Freistaates.

2.4.1. Interesse an Politik

Die Zahl derjenigen, die sich für Politik interessieren und die Zahl der Desinteressierten halten sich ungefähr die Waage. Das Interesse an Politik im Allgemeinen (51 Prozent) ist nur etwas höher als das Interesse an Politik in Sachsen (47 Prozent). Die beiden Werte liegen auffällig nahe an der Wahlbeteiligung der letzten Landtagswahl, wobei hier keine gesicherten Rückschlüsse gezogen werden können. Es fällt auf, dass sich Ältere stärker für Politik – sowohl im Allgemeinen als auch in Sachsen – interessieren (Abbildung 18). Bei einer vergleichbaren Befragung im Freistaat Thüringen gaben im September 2015 55 Prozent der Befragten an, sie würden sich sehr stark oder stark für Politik im Allgemeinen interessieren. 53 Prozent gaben an, sie interessierten sich sehr stark oder stark für die Politik in Thüringen.⁹

Wie stark interessieren Sie sich für Politik im Allgemeinen? Würden Sie sagen sehr stark, stark, wenig oder gar nicht?

Wie stark interessieren Sie sich für Politik im Freistaat Sachsen? Würden Sie sagen sehr stark, stark, wenig oder gar nicht?

	Politik im Allgemeinen (Sehr stark/stark)	Politik in Sachsen (Sehr stark/stark)
Gesamt	51	47
18-29 Jahre	48	37
30-44 Jahre	41	36
45-59 Jahre	53	55
60-69 Jahre	53	55
70 Jahre und älter	56	53

Abbildung 18 – Interesse an Politik (nach Alter)

Auch wenn das Interesse an Politik in Sachsen nicht sehr stark ausgeprägt ist, finden dennoch Gespräche über politische und gesellschaftliche Themen statt. Dabei zeigt sich ein deutliches Muster: Je privater der Gesprächskontext, desto häufiger wird über politische Themen diskutiert. Zwei Drittel der Befragten bestätigen das für den Freundes- und Bekanntenkreis (69 Prozent) bzw. für den Austausch mit Lebenspartnern und Familienangehörigen (66 Prozent). Arbeits- und Vereinsleben sind teils private, teils öffentliche Räume, wobei Vereine eher der Sphäre des öffentlichen Lebens zuzuordnen sind. 37 Prozent der Befragten sprechen häufig oder manchmal mit Arbeitskollegen über

⁹ dimap (2015) im Auftrag des Thüringer Landtags: Außenwahrnehmung des Thüringer Landtags. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Thüringen. Erhebungszeitraum: 21.-25.9.2015. Fallzahl: 1.002 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

politische Themen und 23 Prozent im Hobby- oder Sportverein. Am anderen Ende der Skala stehen – mit jeweils nur 10 Prozent – zum einen Facebook und soziale Netzwerke, zum anderen öffentliche politische Veranstaltungen (Abbildung 19). Mit 35 Prozent auffällig hoch ist die Zahl der Befragten, die im Hinblick auf politischen Gedanken- und Meinungs austausch in sozialen Netzwerken sagen, das treffe auf sie nicht zu. Offen bleibt der Grund dafür. Anzunehmen ist, dass diese Befragten nicht in sozialen Netzwerken aktiv sind.

Wenn Sie einmal an politische und gesellschaftliche Themen denken, wie häufig haben Sie sich in letzter Zeit mit den folgenden Gruppen über solche Themen unterhalten. Häufig, manchmal, selten oder nie? Wenn eine Gruppe für Sie nicht passt sagen Sie es bitte.

	Häufig	Manchmal	Selten	Nie
Mit Freunden oder Bekannten	27	42	22	8
Mit dem Lebenspartner oder der Familie	31	35	20	10
Mit Arbeitskollegen	15	22	16	18
Im Sport- oder Hobbyverein	6	17	15	31
Auf Facebook oder in anderen sozialen Netzwerken	3	7	9	45
In einer öffentlichen politischen Veranstaltung	2	8	14	52

Abbildung 19 – Gespräche über politische und gesellschaftliche Themen

Fast zwei Drittel (65 Prozent) der Befragten erklären, sie empfänden keine dauerhafte Neigung zu einer bestimmten Partei. Knapp ein Drittel der Befragten bejaht eine solche Bindung. Insgesamt neigen 11 Prozent der CDU, 6 Prozent der Linken, 5 Prozent der SPD, 3 Prozent der AfD, je 2 Prozent den Grünen und der FDP sowie jeweils 1 Prozent der NPD und anderen Parteien zu. Hierbei handelt es sich, das ist hervorzuheben, um eine emotionale, langfristige Bindung an eine Partei, nicht etwa um eine Wahlabsicht. Im Direktionsbezirk Leipzig ist die Neigung zu einer bestimmten Partei mit 43 Prozent am stärksten, im Direktionsbezirk Chemnitz mit 24 Prozent am schwächsten ausgeprägt.

2.4.2. Politische Partizipation

Die niedrige Wahlbeteiligung (Landtagswahl 2014: 49,1 Prozent) und das nicht sehr stark ausgeprägte Interesse an Politik in Sachsen (47 Prozent) geben Anstoß, der Frage nachzugehen, wie hoch die Sachsen ihre politische Kompetenz und ihren politischen Einfluss einschätzen. Fast drei Viertel der Befragten (71 Prozent) trauen sich selbst zu, wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können; ein gleich hoher Anteil glaubt jedoch auch, „Leute wie ich“ hätten „so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“. Noch mehr Befragte (77 Prozent) meinen, die meisten Politiker seien nur an den Stimmen der Wähler, nicht an deren Ansichten interessiert. Der Befund ist eindeutig: Das generelle „Image“ von Politikern ist sehr schlecht, das Vertrauen in Redlichkeit, Volksgewandtheit und Gemeinwohlorientierung der politischen Akteure sehr gering. Mit 79 Prozent ist der Anteil derjenigen Befragten, die der Ansicht widersprechen, die meisten Politiker kümmern sich darum, „was einfache Leute denken“ am größten. Es überrascht daher nicht, dass dieses ausgeprägte Misstrauen gegenüber den politischen Akteuren das Demokratievertrauen unterminiert: Fast zwei Drittel (65 Prozent) sind der Ansicht, sie lebten nicht in einer „echten“ Demokratie, „weil die Wirtschaft und nicht die Parlamente das Sagen haben“ (Abbildung 20).

Sagen Sie mir bitte jeweils ob Sie persönlich den folgenden Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Die meisten Politiker wollen nur die Stimmen der Wähler, die Ansichten der Wähler interessieren sie nicht	40	37	17	4
Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut	41	30	21	7
Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen	23	48	23	5
Wir haben keine echte Demokratie, weil die Wirtschaft und nicht die Parlamente das Sagen haben	30	35	23	5
Die meisten Politiker kümmern sich um das Gemeinwohl	3	24	47	24
Die meisten Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung	2	19	45	30
Die meisten Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken	3	16	45	34

Abbildung 20 – Aussagen über Politik und Politiker

Auf die Frage, wie Bürgerinnen und Bürger in einer für sie wichtigen Angelegenheit politischen Einfluss nehmen können, nennen 70 Prozent der Befragten die Teilnahme an der Wahl zu einem Parlament: 49 Prozent *haben* von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht, 21 Prozent *würden* es tun. Hier ist allerdings zu beachten, dass die Frage sich explizit auf die politische Einflussnahme in einer *konkreten* Sache bezieht – nicht auf die Bedeutung allgemeiner Motive für eine Wahlbeteiligung.

Mit 83 Prozent wird die Teilnahme an einer Unterschriftenaktion noch häufiger in Betracht gezogen als eine Wahlbeteiligung – doch ist hier die Zahl derjenigen, die bei einer solchen Aktion tatsächlich schon mitgemacht haben, mit 39 Prozent deutlich geringer als bei Wahlen. Ähnliches lässt sich im Hinblick auf die Teilnahme an einem Volks- oder Bürgerentscheid feststellen: Dieses Instrument steht mit 81 Prozent ebenfalls in hoher Gunst, doch sagen nur 17 Prozent der Befragten, sie hätten schon einmal bei einem solchen Entscheid mitgestimmt.

Die übrigen Instrumente politischer Einflussnahme liegen deutlich hinter den erstplatzierten (Unterschriftenaktion, Volks- oder Bürgerentscheid, Parlamentswahl) zurück. Gemeinsam ist den drei erstplatzierten Instrumenten, dass sie keine eigene Initiative voraussetzen, sondern durch Angebote oder Aufforderungen zum Mitmachen aktiviert werden. Dagegen müssen Bürgerinnen und Bürger selbst den ersten Schritt tun und/oder eigene Zeit und Energie einsetzen, wenn sie zu einer Demonstration gehen, sich an einen Politiker wenden, in einer Bürgerinitiative mitwirken, an Debatten in sozialen Netzwerken teilnehmen, sich in einer Partei engagieren oder sich um ein Amt bzw. Mandat bewerben.

Bei der Teilnahme an einer Demonstration zeigt sich eine gewisse Polarisierung: Einerseits sagen vergleichsweise viele Befragte (25 Prozent), sie hätten von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht; andererseits erklärt eine relative Mehrheit von 42 Prozent, sie würde nicht demonstrieren gehen. Konflikative Mittel der Einflussnahme wie die Blockade von Demonstrationen oder die Option, notfalls auch Gewalt anzuwenden, werden von 84 Prozent bzw. 89 Prozent der Befragten abgelehnt (Abbildung 21).

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun
An einer Unterschriftensammlung teilnehmen	39	44	15
An einem Volksentscheid oder einem Bürgerentscheid teilnehmen	17	64	18
An einer Wahl zu einem Parlament teilnehmen	49	21	28
An einer Demonstration teilnehmen	25	30	42
Sich an einen Politiker wenden	14	39	43
In einer Bürgerinitiative oder in einem politisch wirkenden Verband oder Verein mitarbeiten	11	33	53
Politische Meinungsäußerungen im Internet einstellen, bewerten oder teilen	8	13	75
In einer politischen Partei mitarbeiten	6	15	77
Sich für ein Amt oder Mandat, zum Beispiel in Ihrer Gemeinde bewerben	5	14	79
Eine Demonstration blockieren	3	10	84
Für die eigenen Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist	1	8	89

Abbildung 21 – Möglichkeiten politischen Einflusses

Schlüsselt man die Antworten auf Frage nach der Partizipationsbereitschaft im politischen Raum nach soziodemographischen Merkmalen auf, lässt sich generell feststellen, dass die Bereitschaft zum politischen Engagement mit dem Niveau des Bildungsabschlusses, des Einkommens und der eigenen Schichtzuordnung steigt. Bei Befragten, die nicht berufstätig oder vorübergehend arbeitslos sind; die allein erziehen; die glauben, es gehe in Deutschland eher ungerecht zu; und/oder die eher pessimistisch eingestellt sind, ist die Neigung zu politischer Abstinenz und Passivität stärker ausgeprägt als bei den Vergleichsgruppen. Das Gefühl der Exklusion, so könnte man daraus schließen, ist bei vielen kein Ansporn zur aktiven Veränderung des eigenen Status quo, sondern eher ein Grund zur Resignation.

Regional fällt auf, dass bei Befragten im Direktionsbezirk Leipzig die Bereitschaft zu politischer Initiative und politischem Engagement zum Teil deutlich stärker ausgeprägt ist als in den Direktionsbezirken Chemnitz und Dresden. Zwei Beispiele: Eigene Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder einem politisch wirkenden Verband oder Verein wird von 41 Prozent der Leipziger Befragten ausgeschlossen, aber von 53 Prozent bzw. 62 Prozent ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger in Dresden bzw. Chemnitz. Nur 30 Prozent der Leipziger Befragten würden sich nicht an einen Politiker wenden, während in Dresden bzw. Chemnitz 47 Prozent bzw. 49 Prozent dies ausschließen.

Verheiratete mit Kindern zeigen in mehreren Bereichen eine größere Bereitschaft zu politischer Aktivität als die Angehörigen von Vergleichsgruppen (Singles ohne Kinder, Alleinerziehende, Verheiratete ohne Kinder, Ledige mit Partner[in] oder Verwitwete bzw. Geschiedene). Umso mehr fällt auf, dass 75 Prozent von ihnen erklären, sie schlossen es aus, sich um ein Amt oder Mandat, zum Beispiel in der eigenen Gemeinde, zu bewerben; 78 Prozent würden nicht in einer politischen Partei mitarbeiten. Dieser Befund ließe sich dadurch erklären, dass institutionalisierte Formen politischer Teilhabe und Mitwirkung für Ehepaare mit Kindern aus praktischen Gründen wenig attraktiv sind; für Alleinerziehende gilt dies in noch stärkerem Maße.

2.4.3. Gründe für politische Nichtbeteiligung

62 Prozent der Befragten erklären, sie hätten schon einmal von der Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben Gebrauch gemacht (22 Prozent) oder würden das tun (40 Prozent). Dieser Wert liegt zwischen den Werten für die Teilnahme an einer Wahl (70 Prozent) bzw. an einer Demonstration (55 Prozent). Die Aufschlüsselung nach soziodemographischen Merkmalen ergibt im Wesentlichen das gleiche Bild von der Neigung einzelner Bevölkerungsgruppen zu größerer oder geringerer Aktivität wie bei den oben angesprochenen Formen des Bürgerengagements.

Befragte, die persönlich auf eine Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben verzichten würden, geben am häufigsten an, ihre Stimme hätte „doch ohnehin nichts zu sagen“ (62 Prozent). Mit 33 Prozent spielt das Argument, man habe zu wenig Zeit für ein politisches Engagement, die geringste Rolle. Die erstplatzierte Begründung liegt auffällige 18 Prozent vor der zweitplatzierten Begründung („Bürgerbeteiligung wird überall zu sehr erschwert“). Auch dieser Befund wirft ein Licht auf diejenigen Gruppen, die bei der obigen Frage ein relativ hohes Maß an politischer Passivität gezeigt haben. Bemerkenswert ist, dass die Begründung „Ich habe kein Interesse an Politik“ nur von 38 Prozent genannt wird, während 58 Prozent ein politisches Desinteresse verneinen. Zusammengefasst, besagen beide Befunde, dass politische Passivität eher auf allgemeine Frustration als auf Desinteresse zurückzuführen ist (Abbildung 22).

Während die Zahl derjenigen, die „Weiß nicht“ bzw. gar nicht antworten, zwischen 4 Prozent und 8 Prozent schwankt, schnellst sie bei der zweitplatzierten Antwort („Bürgerbeteiligung wird überall zu sehr erschwert“) auf bemerkenswerte 20 Prozent, also immerhin ein Fünftel hoch. Hier ist also der Anteil derjenigen, die sich (wohl mangels genauer Kenntnis) kein kategorisches Urteil zutrauen, relativ hoch.

Und warum würden Sie sich nicht beteiligen? Sagen Sie mir bitte jeweils, welche der folgenden Gründe auf sie zutreffen und welche nicht.

	Trifft zu	Trifft nicht zu
Meine Stimme hat doch ohnehin nichts zu sagen	62	33
Bürgerbeteiligung wird überall zu sehr erschwert	44	36
In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen	43	49
Es ist Aufgabe der Politiker und nicht der Bürger, politische Entscheidungen zu treffen	43	52
Die Verantwortung, die man dabei trägt, ist mir persönlich zu hoch	41	45
Ich habe kein Interesse an Politik	38	58
Ich habe zu wenig Zeit, um mich politisch zu engagieren	33	61

Abbildung 22 – Gründe für Nichtbeteiligung I

41 Prozent der Befragten erklären, sie hätten schon einmal an einer Diskussion über ein Gesetzesvorhaben der Regierung im Internet teilgenommen (5 Prozent) oder würden das tun (36 Prozent). Es sind vor allem Personen unter 60 Jahren, die sich vorstellen können, online über Gesetzesinitiativen zu diskutieren: 40 Prozent der 45- bis 59-Jährigen, 49 Prozent der 30- bis 44-Jährigen und 47 Prozent der 18- bis 29-Jährigen.

Befragte, die sich an einer solchen Diskussion nicht beteiligen würden, geben am häufigsten an, es sei Aufgabe der Politiker und nicht der Bürger, politische Entscheidungen zu treffen (54 Prozent). 49 Prozent sagen, die Verantwortung dabei sei ihnen zu hoch und 47 Prozent von ihnen erklären, sie könnten es nicht ertragen, in sozialen Netzwerken und in der Öffentlichkeit angefeindet zu werden (Abbildung 23).

Und warum würden Sie sich nicht beteiligen? Sagen Sie mir bitte jeweils, welche der folgenden Gründe auf sie zutreffen und welche nicht.

	Trifft zu	Trifft nicht zu
Es ist Aufgabe der Politiker und nicht der Bürger, politische Entscheidungen zu treffen	54	39
Die Verantwortung, die man dabei trägt, ist mir persönlich zu hoch	49	41
Ich könnte es nicht ertragen in sozialen Netzwerken und in der Öffentlichkeit angefeindet zu werden	47	39
Ich habe keinen Internetanschluss bzw. kenne mich im Internet zu wenig aus	35	62
Ich habe zu wenig Zeit, um mich politisch zu engagieren	34	59

Abbildung 23 – Gründe für Nichtbeteiligung II

2.4.4. Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

Der Wunsch nach mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen fällt deutlich höher aus als die tatsächliche Bereitschaft zur Beteiligung. Während 22 Prozent der Befragten erklären, sie hätten schon einmal von der Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben Gebrauch gemacht und 5 Prozent sagen, sie hätten schon einmal an einer Diskussion über ein Gesetzesvorhaben der Regierung im Internet teilgenommen, wünschen sich 73 Prozent der Sachsen mehr Beteiligung vor Ort in ihrer Stadt oder Gemeinde. 65 Prozent der Sachsen wünschen sich mehr Beteiligung auf Landesebene (Abbildung 24).

Auf welcher politischen Ebene wünschen Sie sich ganz persönlich mehr Bürgerbeteiligung und auf welcher Ebene wünschen Sie sich das nicht?

	Wünsche mir mehr Beteiligung	Wünsche mir nicht mehr Beteiligung
Vor Ort in meiner Stadt oder Gemeinde	73	20
Im Freistaat Sachsen	65	24
In Deutschland	64	27
Im Landkreis	62	25
In der Europäischen Union	51	36

Abbildung 24 – Wunsch nach Bürgerbeteiligung

Zu den Forderungen nach mehr direkter Demokratie haben die Befragten eine geteilte Meinung. Einerseits sagen viele, nur direkte Demokratie sei wahre Demokratie (59 Prozent) und 81 Prozent glauben, mehr Einflussnahme der Bürger durch Volksabstimmungen würde das Interesse vieler Menschen an Politik erhöhen. Zudem sagen 70 Prozent, Politiker würden sich dann stärker an dem Volkswillen ausrichten. Andererseits glauben 56 Prozent der Befragten, direkte Demokratie könne

durch Demagogen missbraucht werden und 38 Prozent vertreten die Meinung, wenn häufig Volksabstimmungen stattfänden, würde das zu Unregierbarkeit führen (Abbildung 25).

Es gibt Forderungen nach mehr direkter Demokratie. Das heißt, dass die Bürger über einzelne politische Fragen direkt abstimmen können. Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zur Direkten Demokratie vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen, oder gar nicht zustimmen.

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Mehr Einflussnahme der Bürger durch Volksabstimmungen würde das Interesse vieler Menschen an Politik erhöhen	35	46	14	5
Politiker würden sich stärker an dem Volkswillen ausrichten	27	43	18	12
Nur direkte Demokratie ist wahre Demokratie	24	35	24	17
Direkte Demokratie kann durch Demagogen missbraucht werden	22	34	19	25
Direkte Demokratie erhöht die Macht der Medien	15	37	23	25
Wenn häufig Volksabstimmungen stattfänden, würde das zu Unregierbarkeit führen	11	27	34	28

Abbildung 25 – Aussagen zu direkter Demokratie

2.5. Ressentiments und demokratiegefährdende Einstellungen

2.5.1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen

Einen Forschungsschwerpunkt des **Sachsen-Monitors** bildet die Messung menschenfeindlicher Einstellungen und Ressentiments in Sachsen in Anlehnung an das etablierte Forschungskonzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“¹⁰. Darunter wird eine Feindseligkeit gegenüber „Personen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit“¹¹ verstanden.

In dem für den **Sachsen-Monitor** angepassten multidimensionalen Konzept von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wurden zwölf Elemente berücksichtigt. Diesen Elementen wurden jeweils ein oder zwei – insgesamt sechzehn – Aussagen zugeordnet. Die Befragten wurden gebeten, den Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung zu der jeweiligen Aussage mit Hilfe einer vierstufigen Antwortskala – stimme voll zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu – anzugeben (Abbildung 26).

Aussagen (Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit)	Zustimmung (Stimme eher zu/ Stimme voll zu)
Fremdenfeindlichkeit	
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet	58
Meine persönliche Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in	17

¹⁰ Vgl.: Heitmeyer, Wilhelm (2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 3, Suhrkamp Verlag Frankfurt. S. 13-34.

¹¹ Ebd.

einem gefährlichen Maß überfremdet	
Nationalismus	
Was unser Land braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland	53
Etabliertenvorrechte	
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später hergezogen sind	36
Rassismus	
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völker von Natur aus überlegen	18
Sozialdarwinismus	
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere Durchsetzen	9
Es gibt wertvolles und weniger wertvolles menschliches Leben	9
Antisemitismus	
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns	13
Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind	25
Homophobie	
Eine sexuelle Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich	32
Sexismus	
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen	16
Behindertenfeindlichkeit	
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben	7
Abwertung von Langzeitarbeitslosen	
Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben	46
Islamophobie	
Die meisten hier lebenden Muslime akzeptieren nicht unsere Werte	69
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden	39
Sinti- und Roma-Feindlichkeit	
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohn- gegend aufhalten	54
Angaben in Prozent	

Abbildung 26 – Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Der Aussage, *die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet*, stimmen insgesamt 58 Prozent der Sachsen voll oder eher zu. Während das Alter der Befragten nur einen geringen Einfluss auf das Antwortverhalten bei dieser Frage hat, spielt das formale Bildungsniveau der Befragten hierbei eine Rolle. 76 Prozent der Befragten mit einem Hauptschulabschluss oder keinem Schulabschluss stimmen dieser Aussage zu. Von den Befragten mit einem Real-

schulabschluss stimmen 66 Prozent zu, von den Befragten mit Abitur 37 Prozent und von den Befragten mit einem Hochschulabschluss stimmen dieser Aussage 33 Prozent zu. Einwohner von Gemeinden mit weniger als 20.000 Bewohnern (67 Prozent) stimmen dieser Aussage häufiger zu als Einwohner von Städten mit 20.000 bis unter 100.000 Bewohnern (55 Prozent) und Einwohner von Städten mit 100.000 und mehr Bewohnern (51 Prozent). Zudem fällt auf, dass die Sachsen, die optimistisch in ihre eigene Zukunft blicken (52 Prozent), dieser Aussage deutliche seltener zustimmen als diejenigen, die ihre eigene Zukunft eher pessimistische sehen (74 Prozent).

Bei der Frage, ob die *persönliche Wohnumgebung durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet* sei, sticht die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen heraus. Dieser Aussage stimmen 32 Prozent der Befragten zwischen 18 und 29 Jahren voll bzw. eher zu. Von der Gesamtheit der Befragten teilen diese Einschätzung lediglich 17 Prozent.

Der Aussage, *eigentlich sind die Deutschen anderen Völker von Natur aus überlegen*, stimmen 18 Prozent der Sachsen zu. Befragte, die ihre eigene Zukunft pessimistisch sehen (28 Prozent), Bewohner von Städten mit 20.000 bis unter 100.000 Einwohnern (25 Prozent) und Befragte, die der Meinung sind, in Deutschland gehe es eher ungerecht zu (23 Prozent), stimmen dieser Aussage überdurchschnittlich oft zu.

Der Aussage, *wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später hergezogen sind*, stimmen 36 Prozent der Sachsen zu. Dieser Aussage stimmen Befragte, die ihre eigene Zukunft pessimistisch sehen (56 Prozent), sich selbst der Unterschicht zuordnen (55 Prozent) und von ungerechten Zuständen in Deutschland ausgehen (50 Prozent) überdurchschnittlich oft zu.

Der Aussage, *Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden*, stimmen 39 Prozent der Sachsen zu. Der Aussage stimmen Hauptschüler (57 Prozent), Personen, die ihre Zukunft pessimistisch sehen (56 Prozent), die sich selbst der Unterschicht zuordnen (51 Prozent), Arbeiter (49 Prozent) sowie 18- bis 29-Jährige (46 Prozent) überdurchschnittlich häufig zu.

Der Aussage, *Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind*, stimmen 25 Prozent aller Sachsen. Neben Personen, die ihre eigene Zukunft pessimistisch sehen (35 Prozent) und denjenigen, die der Meinung sind, in Deutschland gehe es ungerecht zu (36 Prozent), stimmen dieser Aussage 35 Prozent der 18- bis 29-Jährigen sowie 33 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss zu.

Der Aussage, *Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns*, stimmen 13 Prozent der Sachsen zu. Erneut stechen hier Befragte der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre hervor. Von ihnen stimmen 26 Prozent der Aussage voll (6) oder eher (20) zu.

Insbesondere die junge Generation scheint bei diesen Einstellungsfragen gespalten. Die Zahlen zeigen zwar, dass ein relativ hoher Anteil menschenfeindliche und rechtsradikale Einstellungen teilt, ein anderer Teil scheint jedoch besonders tolerant und weltoffen zu sein. So stimmen besonders viele Befragte dieser Generation den Aussagen aus dem Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nicht zu. Dies gilt beispielsweise für die Aussage, nach der die Bundesrepublik insgesamt „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei. Ihr stimmen 26 Prozent der 18- bis 29-Jährigen überhaupt nicht zu. Dies ist unter allen Altersgruppen der höchste Wert. Auch wird der Aussage „Wer schon immer hier gelebt hat, sollte mehr Rechte haben als die, die später

hergezogen sind“ durch 41 Prozent der 18- bis 29-Jährigen klar widersprochen. Dieser Wert ist signifikant höher als in allen den anderen Altersgruppen.

Um eine Typisierung der Befragten vornehmen zu können, wurden die Antworten der Befragten zusätzlich wie folgt ausgewertet: Die Befragten bekamen pro Antwort Punkte: 3 („Stimme voll zu“), 2 („Stimme eher zu“), 1 („Stimme eher nicht zu“) und 0 Punkte („Stimme gar nicht zu“). 55 Prozent der Sachsen bekommen bei dieser Auswertung 16 Punkte und weniger – haben also *maximal* 1 Punkt („Stimme eher nicht zu“) pro Aussage erhalten. 30 Prozent der Sachsen bekommen hierbei zwischen 17 und 24 Punkten – haben also im Durchschnitt *maximal* 1,5 Punkte erhalten. 14 Prozent der Befragten erzielen mehr als 24 Punkte - haben demnach im Durchschnitt *mindestens* 1,5 Punkte pro Aussage erhalten. Auf diese Weise können drei Typen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gebildet werden:

Typ	Grad der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anzahl Punkte
Typ I	Niedrig	55	0 bis 16 Punkte
Typ II	Mittel	30	17 bis 24 Punkte
Typ III	Hoch	14	25 Punkte und mehr

Abbildung 27 – Typisierung gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Auf diese Weise wurde eine Möglichkeit geschaffen, verallgemeinerbare Aussagen über die Personengruppe zu treffen, die den Aussagen zur Messung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besonders häufig zugestimmt hat – demnach also einen hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweist.

Sie sind mit durchschnittlich 42 Jahren deutlich jünger als die gesamte Stichprobe (51 Jahre). 53 Prozent von Ihnen sind Männer und 47 Prozent sind Frauen. Zum Vergleich: 48 Prozent aller Befragten sind Männer und 52 Prozent sind Frauen. Es gibt unter ihnen mehr Personen mit Hauptschulabschluss und ohne Abschluss (32 Prozent) als unter allen Befragten (24 Prozent) und auch weniger Hochschulabsolventen (8:16 Prozent). Davon abgesehen, fallen die Bildungsunterschiede zwischen Befragten mit einem hohen Grad gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der gesamten Stichprobe gering aus: Realschulabschluss: 40:43 Prozent; Abitur: 20:18 Prozent. Mit Blick auf das Nettohaushaltseinkommen fallen die Unterschiede noch geringer aus: 18 Prozent haben weniger als 1.000 Euro (Vergleich: 17 Prozent), 20 Prozent zwischen 1.001 und 1.500 Euro (Vergleich: 20 Prozent), 36 Prozent zwischen 1.501 und 2.500 Euro (Vergleich: 29 Prozent), 12 Prozent zwischen 2.501 und 3.500 Euro (Vergleich: 14 Prozent) und neun Prozent haben in ihrem Haushalt monatlich mehr als 3.500 Euro zur Verfügung (Vergleich: 10 Prozent).

Abgesehen von diesen soziodemographischen Merkmalsausprägungen, stechen die folgenden Meinungen und Einstellungen hervor: Fast jeder Zweite (46 Prozent) der Personen mit einem hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sieht seine eigene Zukunft eher pessimistisch. 40 Prozent von ihnen – gegenüber 14 Prozent aller Befragten – sind der Meinung, die Sachsen würden im Vergleich zu den hier lebenden Ausländern etwas schlechter (20 Prozent) oder viel schlechter (20 Prozent) dastehen. Zudem sind 46 Prozent – gegenüber 17 Prozent aller Befragten – der Auffassung, dass für Ostdeutschland alles in allem eher die Nachteile der Wiedervereinigung überwiegen. 51

Prozent sagen, für sie persönlich würden die Nachteile überwiegen. Dieser Meinung sind 17 Prozent aller Befragten in Sachsen. Während 52 Prozent aller Befragten der Meinung sind, in Deutschland habe man heutzutage eher gute oder sehr gute Chancen sozial aufzusteigen, sehen das 31 Prozent der Personen mit einem hohen Grad an gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch so.

2.5.2. Demokratiegefährdende Einstellungen und Schutz der Demokratie

Ein Ziel des **Sachsen-Monitors** ist es, besondere Gefährdungsmomente der Demokratie innerhalb der sächsischen Bevölkerung ausfindig zu machen. Dazu wurden die Befragten nach ihrer Meinung zu diversen politischen und demokratietheoretischen Aussagen gefragt.

Der Schutz der Minderheit und der Opposition innerhalb eines demokratischen Systems finden bei den Sachsen eine breite Unterstützung. 95 Prozent stimmen der Aussage, jeder sollte das Recht haben für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist, zu. Und der Aussage, eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar, stimmen 85 Prozent zu. Dabei geht kaum jemand soweit, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung einer Minderheitsmeinung zu rechtfertigen. Der Aussage, jeder Bürger hat das Recht, notfalls seine Überzeugungen mit Gewalt durchzusetzen, stimmen sechs Prozent der Sachsen zu.

Die Ergebnisse des **Sachsen-Monitors** offenbaren in diesem Zusammenhang deutliche Diskrepanzen und Unstimmigkeiten. Einerseits stehen nahezu alle Sachsen hinter dem Prinzip des Minderheitenschutzes. Sie fordern, jeder müsse frei seine Meinung äußern dürfen. Andererseits sind nahezu zwei Drittel (62 Prozent) der Sachsen der Auffassung, Deutschland brauche eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. Ebenso viele vertreten die Meinung, in „diesen Zeiten“ brauche man unbedingt eine starke Hand. Gut zwei Drittel sagen zudem, um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen (Abbildung 28). Dieser Aussage stimmen folgende Bevölkerungsgruppen weniger zu (Stimme eher nicht zu/Stimme gar nicht zu): junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren (40 Prozent), Hochschulabsolventen (45 Prozent) und Personen, die sich selbst der oberen Mittelschicht zuordnen (52 Prozent).

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

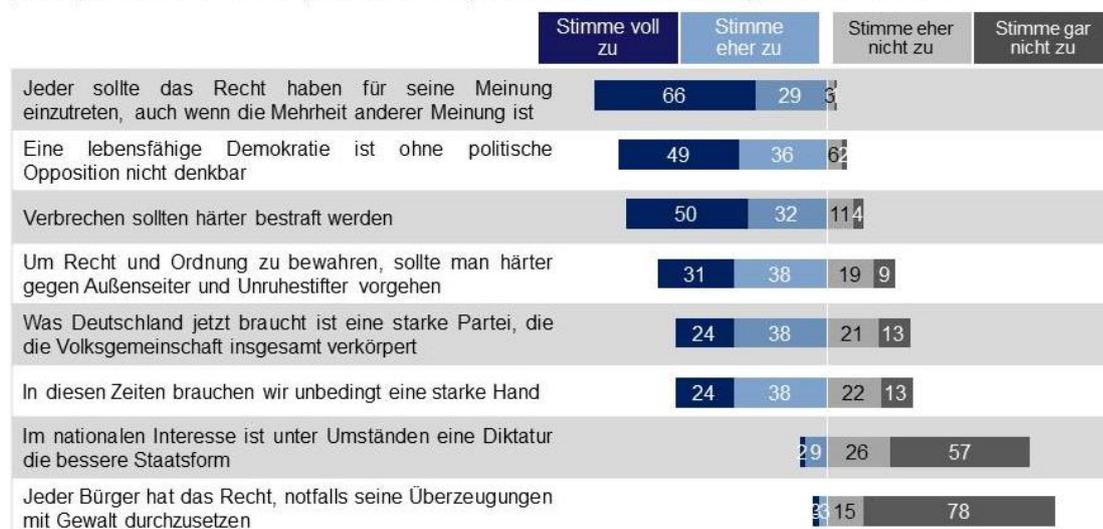


Abbildung 28 – Politische und demokratietheoretische Aussagen

Auch die Beurteilung der beiden Diktaturen – der NS- und der SED-Diktatur – gibt Aufschluss über die demokratische Kultur im Freistaat. 44 Prozent der Sachsen sind der Meinung, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen. 46 Prozent sehen dies nicht so. Es sind vor allem Befragte, die 70 Jahre und älter sind, die diese Sichtweise ablehnen (64 Prozent).

18 Prozent der Sachsen vertreten die Auffassung, die Verbrechen des Nationalsozialismus würden in der Geschichtsschreibung übertrieben. Hier sticht vor allem die junge Gruppe (18 bis 29 Jahre) hervor. Von ihnen sind 29 Prozent dieser Meinung.

Um die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland zu verteidigen und aktiv zu schützen steht eine Vielzahl an Möglichkeiten zur Verfügung. Am wichtigsten ist dabei nach Meinung der Sachsen die politische Bildungsarbeit in den Schulen (86 Prozent). Von den 18- bis 29-Jährigen halten diesen Aspekt allerdings nur 70 Prozent für sehr wichtig oder wichtig. 29 Prozent dieser Altersgruppe halten ihn für weniger wichtig oder gar nicht wichtig. Auf Platz zwei der Möglichkeiten zum Schutz der demokratischen Ordnung steht die Beobachtung von verdächtigen Gruppen und Personen durch den Verfassungsschutz (84 Prozent). Auf Platz drei folgt das Engagement von Bürgern in demokratischen Parteien (80 Prozent). Auf dem letzten Platz steht das Verbot von Demonstrationen. Diese Maßnahme halten 24 Prozent der Sachsen für sehr wichtig oder wichtig.

Bei allen abgefragten Möglichkeiten fällt auf, dass jüngere Befragte – zwischen 18 und 29 Jahren – die Maßnahmen stets für deutlich weniger wichtig erachten als die übrigen Befragten (Abbildung 29).

In Deutschland gibt es viele Möglichkeiten aktiv die demokratische Ordnung in Deutschland zu schützen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie die folgenden Möglichkeiten für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten.

	Gesamt Sehr wichtig/Wichtig	18 bis 29 Jahre Sehr wichtig/Wichtig
Politische Bildungsarbeit in den Schulen	86	70
Beobachtung von verdächtigen Gruppen und Personen durch den Verfassungsschutz	84	64
Engagement von Bürgern in demokratischen Parteien	80	65
Engagement von Bürgern in Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften	79	64
Politische Bildungsarbeit für Erwachsene	77	62
Verbot verfassungswidriger Parteien durch das Bundesverfassungsgericht	72	52
Bürgerinitiativen vor Ort gegen extremistische Gruppen	66	54
Teilnahme an Demonstrationen gegen extremistische Gruppen	57	52
Verbot von Demonstrationen	24	15

Abbildung 29 – Wichtigkeit der Möglichkeiten, die demokratische Ordnung zu schützen (nach Alter)

2.6. Glaubwürdigkeit der Medien und Meinungen zur Europäischen Union

2.6.1. Glaubwürdigkeit der Medien und Mediennutzungsverhalten

Alles in allem stellen die Sachsen den sächsischen Medien ein positives Zeugnis aus. Ihr Informationsangebot wird insgesamt als gut (62 Prozent) oder sehr gut (19 Prozent) angesehen. Diese Bewer-

tung ist weitgehend einheitlich durch alle Untergruppen hindurch erkennbar. Von den jungen Menschen in Sachsen – den 18- bis 29-Jährigen – wird das Informationsangebot allerdings von jedem Dritten (35 Prozent) als schlecht oder sehr schlecht bewertet. Die Sachsen bewerten damit das sächsische Medienangebot schlechter als die Deutschen das Medienangebot deutschlandweit. Dieses wurde in einer bundesweiten Befragung im Oktober 2015 insgesamt als gut (50 Prozent) bzw. sehr gut (38 Prozent) angesehen.¹²

Entscheidend ist jedoch nicht allein das Informationsangebot der sächsischen Medien, sondern vor allem, ob die Medien als glaubwürdig oder unglaubwürdig wahrgenommen werden. Hier offenbart sich ein wenig einheitliches Gesamtbild. Als glaubwürdige Medien gelten bei einer übergroßen Mehrheit der öffentlich-rechtliche Rundfunk (75 Prozent) sowie die regionalen Tageszeitungen (75 Prozent). Ebenfalls als glaubwürdig werden die überregionalen Tageszeitungen (59 Prozent) und der private Rundfunk (58 Prozent) wahrgenommen. Demgegenüber werden insbesondere die sozialen Medien (27 Prozent) sowie die Boulevardmedien (19 Prozent) selten als glaubwürdig betrachtet (Abbildung 30). Mit Blick auf die sozialen Medien muss allerdings erklärend hinzugefügt werden, dass sich hier 41 Prozent der Befragten kein Urteil erlauben. Insbesondere Befragte mit geringerem Bildungsniveau nehmen in hohem Maße keine Bewertung der Glaubwürdigkeit sozialer Medien vor (57 Prozent). Hier zeigt sich zudem eine Differenzierung in den Altersstufen. Vor allem die Befragten von 18 bis 29 Jahren und 30 bis 44 Jahren halten die sozialen Medien für deutlich glaubwürdiger (42 Prozent und 36 Prozent) als die Befragten der Alterskohorten 45 bis 59 Jahre, 60 bis 69 Jahre und 70 Jahre älter (29 Prozent, 16 Prozent und 11 Prozent).

Ich nenne Ihnen jetzt einige Medien in Sachsen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diese für glaubwürdig oder für weniger glaubwürdig halten?

	Halte ich für sehr glaubwürdig	Halte ich für eher glaubwürdig	Halte ich für eher nicht glaubwürdig	Halte ich für nicht glaubwürdig
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	17	58	14	7
Regionale Tageszeitungen	16	59	14	5
Überregionale Tageszeitungen	11	48	15	7
Privater Rundfunk	7	51	23	8
Soziale und andere Medien, in denen Sie selbst mitwirken	4	23	20	12
Boulevardpresse	2	17	37	33

Abbildung 30 – Glaubwürdigkeit der Medien

Die überwiegende Mehrheit der Befragten gibt an, dass ihr Vertrauen in die Medien im Großen und Ganzen gleichgeblieben ist. Allerdings zeigt sich eine leichte Tendenz dahingehend, dass das Vertrauen insgesamt eher gesunken als gestiegen ist. Am stärksten ist das Vertrauen in die Boulevardpresse (30 Prozent) gesunken. Doch auch der private Rundfunk (20 Prozent), der öffentlich-rechtliche Rundfunk (19 Prozent), die regionalen Tageszeitungen (18 Prozent), die sozialen Medien (18 Prozent) und die überregionalen Tageszeitungen (16 Prozent) haben in den letzten Jahren Vertrauen verloren.

¹² Infratest dimap (2015) im Auftrag des WDR: Glaubwürdigkeit der Medien. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 29.-30.10.2015. Fallzahl: 750 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Gefragt, aus welchen Medien die Informationen über das politische Geschehen bezogen werden, nennen 75 Prozent den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, 60 Prozent die regionale Tageszeitung, 39 Prozent den privaten Rundfunk, 19 Prozent soziale Medien, 17 Prozent überregionale Tageszeitungen und 10 Prozent die Boulevardpresse. Hier zeigt sich, dass jüngere Befragte eher den sozialen Medien zusprechen, während mit zunehmendem Alter die Informationen eher aus den Printmedien bezogen werden (Abbildung 31).

	Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	Privater Rundfunk	Regionale Tageszeitungen	Überregionale Tageszeitungen	Boulevardpresse	Soziale Medien
Gesamt	75	39	60	17	10	19
18-29 Jahre	49	32	29	26	8	39
30-44 Jahre	68	43	45	18	9	30
45-59 Jahre	82	51	68	19	12	16
60-69 Jahre	90	33	76	11	9	7
70+ Jahre	85	26	80	10	10	3

Angaben in Prozent

Abbildung 31 – Hauptsächliche Informationsquellen über das politische Geschehen (nach Alter)

2.6.2. Meinungen zur Europäischen Union

Die Europäische Union findet bei den Sachsen insgesamt eine wenig einheitliche Bewertung bei gleichzeitig erkennbaren Abweichungen vom Gesamturteil in Teilen der Bevölkerung. Für 33 Prozent der Befragten ist Deutschlands Mitgliedschaft in der Europäischen Union eher mit Vorteilen verbunden, 26 Prozent sehen eher Nachteile und für 36 Prozent halten sich Vor- und Nachteile die Waage. Dabei wird deutlich, dass Befragte mit höherem Bildungs- und Gehaltsniveau eher Vorteile sehen, während jene mit geringerem Bildungs- und Gehaltsniveau eher Nachteile wahrnehmen. Im Direktionsbezirk Leipzig ist eine positivere Bewertung zu erkennen als in den Direktionsbezirken Dresden und Chemnitz (Abbildung 32).

Was meinen Sie: Hat Deutschland insgesamt gesehen von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union eher Vorteile, eher Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?

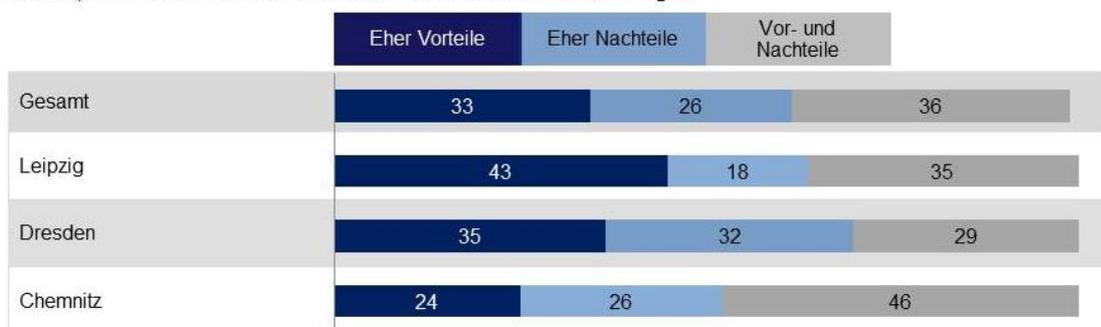


Abbildung 32 – Bewertung der EU-Mitgliedschaft (nach Direktionsbezirk)

Zum Vergleich: Bundesweit waren im Mai 2014 36 Prozent der Deutschen der Meinung, die EU-Mitgliedschaft habe eher Vorteile, 18 Prozent sagten, sie bringe eher Nachteile und 43 Prozent waren der Meinung, Vor- und Nachteile hielten sich die Waage.¹³

Um ein umfassenderes Bild von den Meinungen und Einstellungen der Sachsen zur Europäischen Union zu erhalten, wurde den Befragten eine Reihe von Aussagen über die Europäische Union vorgelesen. Die Befragten konnten den Grad ihrer Zustimmung zu der jeweiligen Aussage auf einer vierstufigen Skala – trifft voll zu, trifft eher zu, trifft eher nicht zu, trifft gar nicht zu – angeben (Abbildung 33).

Dabei zeigt sich, dass die meisten Sachsen dem europäischen Gedanken grundsätzlich positiv gegenüberstehen, die praktische Umsetzung dieses Gedankens jedoch kritisch betrachten. 73 Prozent der Befragten sagen, die EU sei eine tolle Idee, die in der Praxis schlecht umgesetzt werde. 70 Prozent der Befragten sagen zudem, dass sie häufig nicht erkennen, wie die EU funktioniert. Dabei ist eine deutliche Diskrepanz der Bewertung mit Bezug auf das Bildungsniveau der Befragten gegeben. 80 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss oder keinem Schulabschluss geben an, oft nicht zu verstehen wie die EU funktioniert. Bei den Befragten mit Realschulabschluss sind es 78 Prozent, bei den Abiturienten 58 Prozent und bei Hochschulabsolventen 50 Prozent.

Viele Sachsen können der Europäischen Union nicht nur grundsätzlich, sondern auch tatsächlich etwas Positives abgewinnen. So sind 63 Prozent der Meinung, die EU könne europäische Interessen in der Welt bei Verhandlungen besser vertreten, als jeder Staat für sich. Jeweils 53 Prozent sagen, die Mitgliedschaft in der EU Sorge dafür, dass es Deutschland wirtschaftlich gut gehe und dass die EU in Krisenzeiten besonderen Schutz biete. Allerdings glauben auch 51 Prozent, dass die offenen Grenzen in Europa den deutschen Wohlstand bedrohen.

¹³ Infratest dimap (2014) im Auftrag der ARD: EuropaTREND Mai 2014. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 12.-14.5.2014. Fallzahl: 1.002 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen über die Europäische Union. Sagen Sie mir bitte für jede, ob diese voll zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder gar nicht zutrifft.

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
Die EU ist eine tolle Idee, die in der Praxis aber schlecht umgesetzt wird	31	42	16	4
Ich blicke häufig nicht durch, wie die Europäische Union funktioniert	25	45	20	8
Die EU mischt sich in zu viele Dinge ein	29	39	20	4
Die EU kann europäische Interessen in der Welt bei Verhandlungen besser vertreten, als jeder Staat für sich	19	44	20	9
Es wird zu viel bei der EU entschieden und zu wenig in Deutschland	23	39	23	5
Wegen der Mitgliedschaft in der EU kann Deutschland nicht mehr genug selbst entscheiden	20	40	26	7
Die EU bietet besonderen Schutz in Krisenzeiten	9	44	22	14
Die Mitgliedschaft in der EU sorgt dafür, dass es uns wirtschaftlich gut geht	13	40	26	12
Durch die EU leben wir in Europa sicherer	13	39	29	13
Die offenen Grenzen in Europa bedrohen unseren Wohlstand	21	30	29	15

Abbildung 33 – Meinungen zur Europäischen Union

2.7. Fazit

Gut ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung schauen die Sachsen zufrieden zurück auf das, was in ihrem Bundesland seit 1990 erreicht wurde und blicken ihrer eigenen Zukunft mit Optimismus entgegen. Anlass zur positiven Bewertung der Vergangenheit und zur zuversichtlichen Einschätzung der Zukunft geben ihre persönlichen Lebensumstände. Mit diesen – seien es Wohnsituation, Freizeit, soziale Absicherung oder Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und Straßen – sind die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates durchweg zufrieden. Dennoch machen sich viele Menschen auch Gedanken um die Zukunft. Die größte Sorge, die nahezu alle Sachsen teilen, ist die, dass die Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen.

Die politische Kultur in Sachsen ist einerseits geprägt von einem geringen Vertrauen in die Funktionsweise der Demokratie und die Institutionen des demokratischen Systems. Insbesondere den Parteien, Regierungen und Parlamenten – mit Ausnahme der kommunalen Institutionen – schenkt nur eine Minderheit ihr Vertrauen. Andererseits spielen politische und gesellschaftliche Themen in Gesprächen durchaus eine Rolle. Dabei zeigt sich, dass die Sachsen am liebsten in einem persönlichen Kontext – im Freundeskreis oder in der Familie – über Politik sprechen. Zudem ist der Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung – vor allem auf kommunaler Ebene – stark ausgeprägt. Die Forderung nach direkter Beteiligung fällt jedoch deutlich höher aus als die tatsächliche bisherige politische Beteiligungsbereitschaft und Einflussnahme.

Ressentiments gegen Personen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit – insbesondere gegen Ausländer und Muslime – sind in Teilen der sächsischen Bevölkerung verbreitet. Eine Mehrheit der Sachsen ist der Meinung, dass Deutschland aufgrund der hier lebenden Ausländer in einem gefährlichen Maß „überfremdet“ sei. Einen Hinweis darauf, dass der geringe Ausländeranteil im Freistaat wahrgenom-

men wird, liefert die Erkenntnis, dass nur ein niedriger Prozentsatz der Auffassung ist, die persönliche Wohnumgebung sei in einem gefährlichen Maß „überfremdet“.

Hinsichtlich der Gefährdungsmomente der Demokratie wurden deutliche Diskrepanzen und Unstimmigkeiten gemessen. Einerseits stehen nahezu alle Sachsen hinter dem Prinzip des Minderheitenschutzes. Sie fordern, jeder müsse frei seine Meinung äußern dürfen. Andererseits ist eine Mehrheit der Meinung, Deutschland brauche eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

Quellen und Literatur

dimap (2015) im Auftrag des Thüringer Landtags: Außenwahrnehmung des Thüringer Landtags. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Thüringen. Erhebungszeitraum: 21.-25.9.2015. Fallzahl: 1.002 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Heitmeyer, Wilhelm (2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 3, Suhrkamp Verlag Frankfurt. S. 13-34.

Infratest dimap (2016) im Auftrag des NDR: Mecklenburg-Vorpommern vor der Landtagswahl 2016. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung im Bundesland. Erhebungszeitraum: 29.-31.8.2016. Fallzahl: 1.003 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Infratest dimap (2016) im Auftrag des MDR: Sachsen-Anhalt vor der Landtagswahl 2016. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung im Bundesland. Erhebungszeitraum: 7.-9.3.2016. Fallzahl: 1.005 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Infratest dimap (2015) im Auftrag des WDR: Glaubwürdigkeit der Medien. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 29.-30.10.2015. Fallzahl: 750 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Infratest dimap (2014) im Auftrag des MDR: Sachsen vor der Landtagswahl 2014. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung im Bundesland. Erhebungszeitraum: 9.-11.9.2014. Fallzahl: 1.004 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Infratest dimap (2014) im Auftrag der ARD: EuropaTREND Mai 2014. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 12.-14.5.2014. Fallzahl: 1.002 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Infratest dimap (2013) im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung und der Stiftung Zukunft Berlin: Bürger und Parlamente – Bürger gegen Parlamente? Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 19.-20.2.2013. Fallzahl: 1.000 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Infratest dimap (2013) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND Januar 2013. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 7.-8.1.2013. Fallzahl: 1.001 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.

Infratest dimap (2013) im Auftrag von Report Mainz: Deutschland 2013 – Mittelschichtsgesellschaft mit schlechten Aufstiegschancen. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 7.-8.1.2013. Fallzahl: 1.001 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews.